

Schule ohne Rassismus

Schule mit Courage

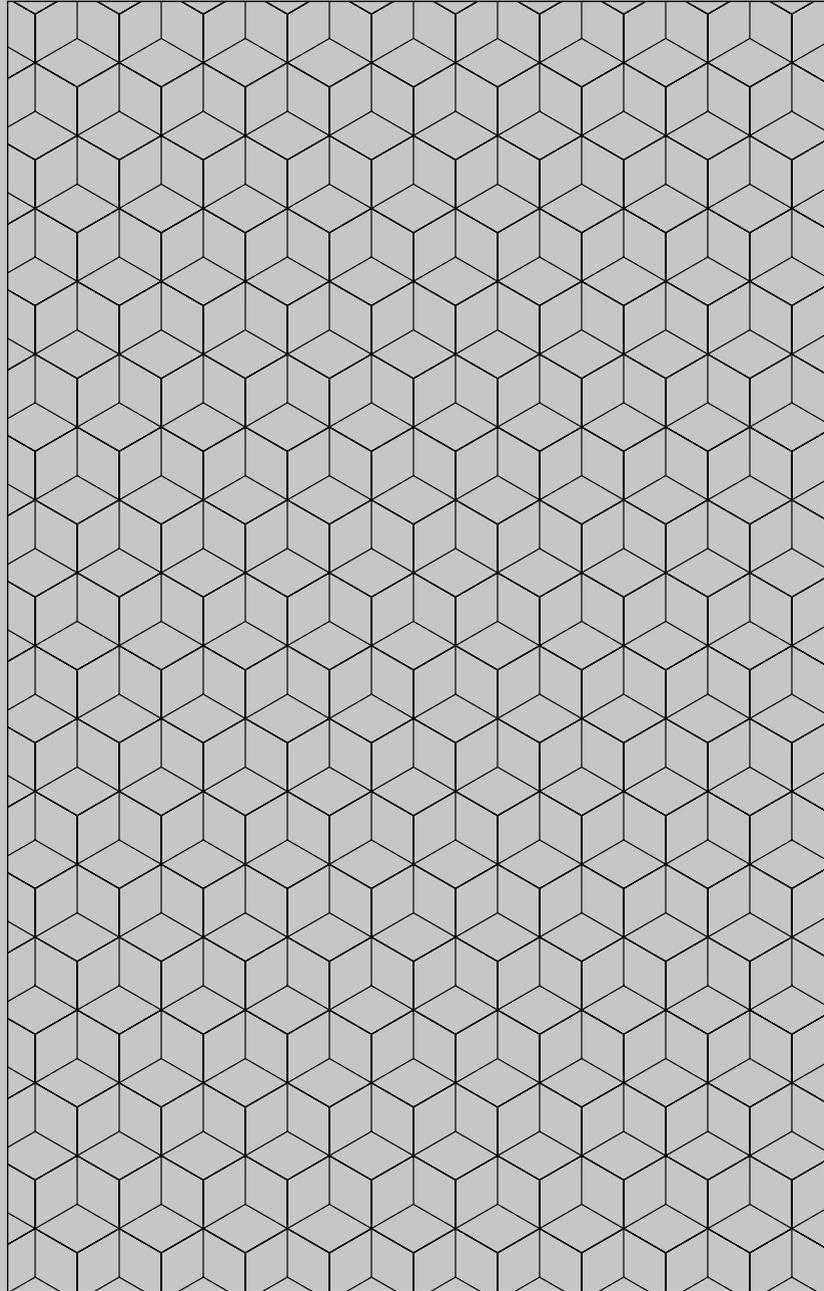
Transnationaler Extremismus

FLORIS BISKAMP SABA-NUR CHEEMA SANEM KLEFF

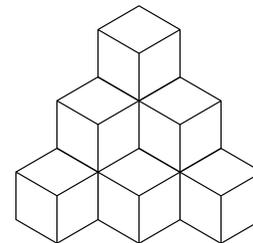
MERON MENDEL EBERHARD SEIDEL



BAUSTEINE



Transnationaler Extremismus



BAUSTEIN 6

INHALT

Dr. Floris Biskamp, Politikwissenschaftler an der *Universität Kassel*
Saba-Nur Cheema, Pädagogische Leiterin der *Bildungsstätte Anne Frank*
Sanem Kleff, Leiterin von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*
Dr. Meron Mendel, Direktor der *Bildungsstätte Anne Frank*
Eberhard Seidel, Geschäftsführer *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*
Toralf Staud, freier Journalist und Autor

~

In der Publikationsreihe *Bausteine* werden von Wissenschaftler*innen, Pädagog*innen und Publizist*innen pädagogische und gesellschaftspolitische Aspekte der Frage diskutiert, wie eine dem Schutz der Würde aller Menschen verpflichtete Schule verwirklicht werden kann.

~

Genderneutral – ja oder nein?

Wir überlassen es den Schreibenden, ob sie in ihren Artikeln von Lehrern, Lehrer_innen, Lehrer*innen, LehrerInnen oder von Lehrerinnen und Lehrern sprechen. So viel Freiheit und Vielfalt muss sein.

Impressum

© Aktion Courage e.V.
Berlin 2018

Erste Auflage, Juni 2018

Herausgegeben durch die Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage,
in der Trägerschaft des Aktion Courage e.V.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung von Aktion Courage e.V. unzulässig.
Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen,
Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

ISBN 978-3-933247-71-1

1. „EINSEITIGKEIT KÖNNEN WIR UNS NICHT LEISTEN“ 5
Sanem Kleff und Eberhard Seidel im Interview mit Toralf Staud
2. ÜBER DEN UMGANG MIT DEM EXTREMISMUS DER ANDEREN 23
Floris Biskamp
3. ETHNISCHER NATIONALISMUS –
EINE PÄDAGOGISCHE HERAUSFORDERUNG 44
Saba-Nur Cheema und Meron Mendel



SANEM KLEFF, EBERHARD SEIDEL UND TORALF STAUD

1. „Einseitigkeit können wir uns nicht leisten“

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Deutschland konzentriert sich seit langem auf klassische Formen – vor allem auf die NPD oder gewaltbereite Neonazis. Dass Migranten nicht nur Opfer von Rassismus sind, sondern auch selbst demokratiefeindliche Einstellungen haben können, gerät oft aus dem Blick. Eine Einwanderungsgesellschaft aber müsse sich mit allen Formen von Rechtsextremismus beschäftigen, betonen Sanem Kleff und Eberhard Seidel von der Organisation *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* im Interview.

STAUD Frau Kleff, Herr Seidel, Ihr Netzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* befasst sich seit vielen Jahren mit extrem rechten Einstellungen auch unter Migrantinnen und Migranten. Warum?

KLEFF Die deutsche Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifend gewandelt – und bei der Beschäftigung mit Rassismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss man wirklich die ganze Gesellschaft mit all ihren Facetten im Blick haben. Aber

wir sprechen bewusst nicht von Rechtsextremismus unter Migranten, sondern nennen das Thema Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Denn es bringt nichts, nur auf die einzelne Person oder Gruppe zu schauen, wenn man Radikalisierungsprozesse verstehen und etwas dagegen unternehmen will – bei Rechtsextremen ebenso wie bei Islamisten. Natürlich gucken wir uns auch einzelne Gruppen mit ihren historischen Spezifika an. Das gilt für den – ich nenn ihn mal so – „arischen Rechtsextremismus“ ...

Sie meinen rechtsextreme Einstellungen in der deutschen Mehrheitsbevölkerung?

KLEFF ... genauso wie für den „nicht-arischen Rechtsextremismus“. Das hat auch mit unserem hauptsächlichen Arbeitsort zu tun: In der Schule haben Sie nun mal alle Teile der Gesellschaft und deshalb auch alle Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

SEIDEL Es geht auch um pure Glaubwürdigkeit! Selbstverständlich müssen wir uns mit dem Rechtsextremismus der Mehrheitsgesellschaft auseinandersetzen – das passiert intensiv und zu Recht. Aber in Klassen, in denen manchmal 50, 60 oder 70 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund haben, wäre dies zu wenig. Da fragen dann sehr schnell Schüler: Was ist eigentlich mit den Grauen Wölfen? Oder Sie treffen bei Jugendlichen, deren Eltern aus Ex-Jugoslawien stammen, auf ultra-nationalistische Einstellungen. Wird so etwas gar nicht behandelt, wird Schule unglaubwürdig – wie auch jede Positionierung gegen Rechtsextremismus. Nicht zuletzt ist unser Ansatz auch eine Frage der Emanzipation von Einwanderergruppen: Wenn ich sie als gleichberechtigten

Teil dieser Republik sehe, dann gilt das für alle Aspekte. Für die guten wie auch die problematischen. Jedenfalls kann sich ein echtes Einwanderungsland eine Einseitigkeit in der Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen schlicht nicht leisten.

Seit wann verfolgen Sie diesen ganzheitlichen Ansatz? Gab es einen besonderen Anlass?

SEIDEL Vor meiner Arbeit bei *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* war ich etliche Jahre Journalist und habe mich immer auch mit Themen wie Islamismus beschäftigt, mit extrem rechten Einstellungen unter Einwanderergruppen oder mit der Psychologie von Ungleichwertigkeitsvorstellungen unter Einwanderern. Für mich hat das immer dazugehört bei einer Beschäftigung mit Rechtsextremismus.

KLEFF Mich hat schon mein ganzes Arbeitsleben die Frage beschäftigt, wie gute Bildung in einer Einwanderungsgesellschaft aussehen kann. Der Name unserer Organisation ist teilweise historisch begründet: Das Konzept *Schule ohne Rassismus* kommt ursprünglich aus Holland und Belgien. Ich fand den Namen immer zu eng, weil man einzelne Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht isoliert betrachten kann. Wir haben daher sehr schnell den Titel erweitert, um unsere breite Perspektive klarzumachen. Bis vor wenigen Jahren standen wir mit dieser Sichtweise außerhalb des Mainstreams. Uns wurde zum Beispiel unterstellt, wir wollten Menschen mit Migrationshintergrund negativ darstellen. Oder die ja tatsächlich viel größere Gruppe von Rechtsextremen ohne Migrationshintergrund verharmlosen, also den „arischen Rechtsextremismus“ relativieren.

Inzwischen hat sich der Mainstream Ihnen angenähert?

SEIDEL Na ja, zumindest teilweise. Die Aufmerksamkeit der Mehrheitsgesellschaft für Ungleichwertigkeitsvorstellungen unter Migranten ist noch immer sehr beschränkt. Eigentlich geht es da nur um drei Themen: Homophobie und Antisemitismus unter Migranten und natürlich Islamismus. Dazu wird inzwischen zumindest ein wenig Forschung betrieben, und es gibt Fortbildungsmaßnahmen. Aber ein Konsens über die grundsätzliche Haltung fehlt eigentlich immer noch: Dass wir uns auch gesellschaftliche Minderheiten anschauen müssen, und welche Ideologien der Ungleichwertigkeit es dort gibt, mit welchen Hintergründen und welchen Ausprägungen. Ein Indiz dafür ist, dass es bis heute nur ganz wenig Fachliteratur hierzu gibt.

Im letzten Jahr ist ein wissenschaftlicher Sammelband mit dem Titel ‚Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft‘ herausgekommen.

SEIDEL Der ist eine große Ausnahme. Seit unserer Broschüre ‚Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft‘ aus dem Jahr 2010 ist fast nichts in dieser Richtung erschienen. Uns hat das äußerst verwundert, weil das Thema wirklich virulent ist. Zum Beispiel in der ex-jugoslawischen community, unter russlanddeutschen Jugendlichen oder solchen mit türkischem Hintergrund. Oder schauen Sie sich an, was für verschiedene faschistische griechische Ideologien es gibt. Das alles ist ein sehr, sehr großes Defizit der politischen Bildung in Deutschland!

Wichtig ist aber, dass man sowohl den paternalistischen Blick vermeidet wie auch den anklagenden. Wenn man fragt: „Wie kann es nur sein, dass es unter Einwanderern extrem rechte Ansichten gibt ...“, dann ist das ein ganz falscher Ansatz. Unsere Antwort ist: „Es kann gar nicht anders sein!“ Wie gesagt, uns geht es um ein Ernstnehmen und Gleichbehandeln von Einwanderergruppen. Migranten sind ja keine anderen Menschen als jene der Mehrheitsgesellschaft. Es wird immer und überall einen bestimmten Anteil von Leuten geben, die anfällig sind für Ideologien der Ungleichwertigkeit oder für Ultrationalismus.

Wie erklären Sie, dass es bereits seit vielen Jahren Anti-Rechtsextremismus-Programme gibt für die Mehrheitsgesellschaft, aber wenig für Einwanderergruppen?

KLEFF Lassen Sie sich nicht von Ihrer Erinnerung täuschen. Es ist gerade einmal 15 Jahre her, dass unter Rot-Grün im Rahmen des sogenannten Aufstands der Anständigen die heute so bekannten Bundesprogramme starteten. Zwar gab es auch vorher schon staatliche Anti-Gewalt-Programme oder die vielen Anti-Rassismus-Aktionen der Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften oder anderen linken Organisationen. Aber erst Anfang der 2000er-Jahre gab es in Deutschland das breite politische Bekenntnis: „Ja, der Staat hat eine Verantwortung, solche Themen aufzugreifen und in die Breite der Gesellschaft zu wirken. Und zwar nicht nur mit den Landeszentralen oder der Bundeszentrale für politische Bildung, sondern mit einer ausdrücklichen Förderung der Zivilgesellschaft.“ Was uns heute so normal scheint, gibt es also überhaupt erst seit rund 15 Jahren. Für eine Gesellschaft ist das alles andere als eine lange Zeit.

SEIDEL Der beschränkte Blick auf Rechtsextremismus ist unter anderem historisch begründet. Es ist nicht verwunderlich, dass nach 1945 erstmalig auf die Altnazis geguckt wurde. Die waren ja tatsächlich noch da! Später hat man sich auf Erscheinungsformen konzentriert, die in dieser Tradition standen. Dies gehört seit Jahrzehnten zum Identitätskern der Linken in Deutschland. Und etlichen Leuten aus der Szene merkt man auch an, dass sie sich das Thema nicht wegnehmen lassen wollen, dass sie nur ungern teilen.

KLEFF Die thematische Fixierung der Leute aus dieser Alterskohorte, die dann die Experten zum Thema waren und sind, ist durchaus verständlich. Aber im ganzen politischen und pädagogischen Raum ist man zu lange auf dieser Stufe stehen geblieben. Die Gesellschaft ist längst ganz anders zusammengesetzt. Wenn Sie sich zum Beispiel anschauen, wer die entsprechenden Projekte initiiert oder dort arbeitet: Das waren und sind zum allergrößten Teil Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft. Bis heute bin ich eine von ganz, ganz wenigen Menschen mit Migrationshintergrund, die in führender Position bei einem bundesweiten Projekt sind.

Spielt es auch eine Rolle, dass sich die Bundesrepublik erst seit relativ kurzer Zeit überhaupt als Einwanderungsland versteht?

KLEFF Natürlich! Wer davon ausgeht, dass Zuwanderer und ihre Kinder irgendwann wieder gehen, der versteht sie nicht als Teil des Ganzen. Der sieht auch nicht die Notwendigkeit, sich zum Beispiel im gesamten Bildungssystem darauf einzustellen oder sich mit problematischen Einstellungen genauer zu beschäftigen.

Lassen Sie mich noch einen letzten Grund nennen: Natürlich darf man nicht vergessen, dass migrantische Menschen die zentrale Feind- und Opfergruppe der meisten Rechtsextremisten sind. Dass man Opfer nicht gleichzeitig als Täter sieht, ist ein normaler Reflex. Das sollte man nicht als Gutmenschen-naivität abtun. Wir müssen uns aber alle von diesem starren Blick lösen. Jeder Mensch ist in der Lage, Opfer und Täter zu sein! Natürlich nicht in ein- und derselben Situation – aber warum soll ein Schwuler, der von homophoben Idioten verprügelt wird, nicht am nächsten Tag antisemitisch sein können? Warum soll es unmöglich sein, dass eine Frau, die als Frau diskriminiert wird, auch homophob ist?

Wie weit sind denn extrem rechte Einstellungen unter migrantischen Menschen verbreitet?

KLEFF Auf diese Frage kann man nicht seriös antworten. Es gibt keine homogene Gruppe der „Migranten“. Über wen reden wir denn? Über den Apotheker aus Damaskus, der letzte Woche als Geflüchteter zugezogen ist? Über den japanischen Banker in Düsseldorf? Wir müssen schon präzise formulieren. Und wir sollten nicht pauschal über „die Migranten“ sprechen, wenn wir eigentlich nur die Nachkommen der angeworbenen Gastarbeiter aus Anatolien meinen.

Gut, dann sprechen wir über türkische und arabische Jugendliche – unter ihnen ist laut manchen Forschungsergebnissen Antisemitismus ziemlich weit verbreitet.

KLEFF Man sollte auch nicht von der „türkisch-arabischen community“ sprechen. Das wäre, als würde ich von einer

„sizilianisch-schwedischen community“ reden. Türkische und arabische Jugendliche haben erstmal nichts miteinander zu tun, vielleicht sind sie sogar verfeindet und verachten sich gegenseitig. Wir sollten wirklich differenzieren! Das hat nicht mit Political Correctness zu tun, sondern mit echtem Erkenntnisinteresse.

Okay, dann werden wir doch ganz konkret:
Wie verbreitet sind menschenfeindliche Einstellungen unter türkeistämmigen Migranten?

KLEFF Darauf kann ich ebenfalls nicht sinnvoll antworten. Denn keine Migrantengruppe ist homogen, wirklich keine. In der Öffentlichkeit werden zum Beispiel Menschen mit russischem Hintergrund oft in einen Topf geworfen – dabei unterscheidet sich diese Gruppe stark: Manche sind zum Beispiel deutschstämmige Spätaussiedler, andere jüdische Kontingentflüchtlinge. Aufenthaltsstatus und Familiengeschichte sind oft ganz unterschiedlich, und Einflüsse der Eltern oder Großeltern wirken häufig über mehrere Generationen nach. Es wäre dumm zu sagen: Gregor ist doch hier geboren, er ist Deutscher. Aber es wäre auch dumm zu sagen: Gregor stammt aus Russland, alles klar. Man muss wirklich immer genau hingucken.

Neben der Familie gibt es aber natürlich noch andere Einflussfaktoren – zum Beispiel Personen oder Organisationen, die gezielt Leute zu rekrutieren versuchen. Oft tun sie es erst bei Migranten der zweiten oder dritten Generation, denn sie sind in ihrer Identität häufig viel unsicherer als die Eltern oder Großeltern. Sie sind deshalb auch offener für einfache Lösungsansätze. Wir sollten nicht so viel aufs Internet schauen –

sehr wichtig sind die realen Menschen, denen Jugendliche begegnen. Menschen, die gut zu ihnen sind, ihnen Orientierung anbieten. Mal ist das im Moscheeverein, mal bei den Grauen Wölfen.

Natürlich gibt es Einflüsse aus den Herkunftsländern. Wenn – wie zum Beispiel derzeit in der Türkei – immer stärker nationalistische, autoritäre und ausgrenzende Ideologien vertreten werden, dann ist das auch hierzulande zu spüren. Aber daneben wirken eben auch Einflüsse aus dem sozialen Leben hier, aus alltäglichen Erfahrungen, zum Beispiel aus Diskriminierungen. Wenn Sie sich migrantische Jugendliche auf der Sonnenallee in Berlin-Neukölln anschauen: Die reagieren natürlich auf äußere Faktoren, aber mindestens genauso stark auf die Situation hier. Wer meint, darüber hinweggehen zu können und in irgendeiner Koransure die Gründe für deren Verhalten finden zu können, der soll gerne den Koran weiterlesen. Aber der wird nichts verstehen und nichts verhindern können.

SEIDEL Sie müssen sich wirklich einzeln jede Gruppe und ihre Migrationsgeschichte ansehen. Zum Beispiel wird man unter Einwanderern aus dem Iran wahrscheinlich weniger Antisemitismus finden als unter anderen muslimischen Einwanderern. Weil die hauptsächliche Einwanderung aus dem Iran ab Ende der 1970er-Jahre aus einem bestimmten oppositionellen, meist akademischen Milieu stattfand. Dieses war in der Regel nicht so anfällig für Antisemitismus. Oder schauen sie sich die polnischen Einwanderer an: Auch dort sind extrem rechte Einstellungen nicht so stark, weil viele von ihnen aus einer dissidenten Szene stammen, die nicht so katholisch, reaktionär oder polnisch-nationalistisch war und

ist. Im Falle der Deutschtürken wiederum spielt es eine Rolle, dass die Migration nach Deutschland überwiegend aus dem bildungsferneren, ländlichen Raum kam – und dies gilt nicht nur für die Einwanderergeneration selbst, sondern oft auch für ihre Kinder oder Enkel.

Bei einem Vergleich von Migrantengruppen untereinander oder auch mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung muss man stets auf die soziale Zusammensetzung gucken, muss zum Beispiel nach Bildungsniveau oder Einkommen gewichten. Ein pauschaler Vergleich – etwa von Antisemitismus-Prozenten in der Mehrheitsgesellschaft und unter Zuwanderern – wird immer zu falschen Schlussfolgerungen führen.

Also kann man gar nichts Konkretes über die Verbreitung extrem rechter Einstellungen unter Migrantinnen und Migranten sagen?

SEIDEL Auf jeden Fall ist das Problem so groß, dass wir uns damit beschäftigen müssen!

KLEFF Es ist allerhöchste Zeit, dass in dieser Gesellschaft alle Personen und Gruppen nach den gleichen Kriterien durchgecheckt werden. Undemokratische Einstellungen unter Migrantinnen und Migranten sind nichts grundlegend anderes als in der Mehrheitsgesellschaft – auch wenn bei ihnen ein zusätzlicher Faktor hinzukommt, nämlich der Einfluss der Herkunftsregion.

Sie haben bereits erwähnt, dass es wenig konkrete Forschung zum Thema gibt – woran liegt das Ihrer Ansicht nach?

SEIDEL Ein Grund ist sicherlich, dass das Thema nicht sehr sexy ist. Mit Forschung über Minderheiten kann man nur wenige Punkte sammeln. Aufmerksamkeit bekommt man vielleicht noch für eine Studie über Antisemitismus in bestimmten Einwanderergruppen. Aber wenn man sich zum Beispiel mit Formen von Nationalismus in verschiedenen Milieus aus Ex-Jugoslawien beschäftigt, macht man damit sicher keine Karriere. Manche Themen sind auch politisch nicht gewollt. Als wir zum Beispiel vor ein paar Jahren in einer Broschüre einen genaueren Blick auf Rechtsextremismus unter Russlanddeutschen warfen, beschwerte sich ein Vertreter der damaligen Bundesregierung darüber.

KLEFF In Soziologie und Politikwissenschaften gibt es eine starke Orientierung am Ausland. Viele Forscher schauen auf Thesen und Theorien der Meinungsführer in den USA, England oder auch Frankreich. Nun ist aber die Migrationsgeschichte und Lebenssituation der Minderheiten in Deutschland eine komplett andere. Was zum Beispiel über Muslime in England geschrieben wird, kann man nicht einfach auf Muslime in Deutschland übertragen. Als Wissenschaftler müsste man deshalb eigene, originäre Gedanken entwickeln – und das schreckt vielleicht auch ein wenig ab. Persönlich finde ich so etwas ja spannend. Aber wenn ich eine junge Wissenschaftlerin wäre, würde ich vielleicht auch überlegen, ob nicht ein Dissertationsthema einfacher ist, bei dem ich mich auf andere Forschungen berufen kann.

SEIDEL Sicherlich gibt es auch ganz praktische Probleme: Für empirische Untersuchungen etwa unter türkisch- oder arabischstämmigen Leuten bräuchte man Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zumindest die jeweiligen

Sprachen so gut beherrschen, dass sie die Fragebögen kompetent entwerfen können und so verhindern, dass semantische Unterschiede verwischt oder Meinungen und Aussagen nicht voll erfasst werden. Ein Problem hierbei ist aber: Im gesamten Forschungsbereich in Deutschland sind Migranten bis heute stark unterrepräsentiert. Dasselbe gilt auch für andere Bereiche, etwa die Medien. Aber dort hat man das schon vor Jahren erkannt und zum Beispiel gezielt Journalismus-Ausbildungsstipendien an Migranten vergeben. Nur so bekommt man mehr Diversität in die Redaktionen. Dasselbe müsste in der Wissenschaft auch geschehen.

Wie bei den Präventionsprogrammen geht es auch hier um Ressourcenverteilung. Bei der Forschung zu Migrantengruppen kommen Fachleute, die bislang zum Rechtsextremismus den Ton angeben, an ihre Grenzen. Sie können zum Beispiel bestimmte Texte rechtsextremer Organisationen wie der Grauen Wölfe nicht im Original lesen. Sie müssten andere Akteure mitspielen lassen im Gerangel um öffentliche Aufmerksamkeit oder auch um Forschungsgelder. Im Bereich Islamismus hat sich da in den vergangenen Jahren einiges verändert, da sind Forschungskompetenzen aufgebaut worden. Aber das müsste viel weiter geführt werden, dies müsste auf andere Ideologien der Ungleichwertigkeit und kulturelle Nationalismen ausgeweitet werden ...

KLEFF ... und die Ergebnisse solcher Forschungsprojekte wären dann vermutlich auch nicht so chic. Man müsste sich nämlich angucken, inwieweit Desintegrationserfahrungen, Enttäuschungen und Verletzungen dazu beitragen, dass Menschen eine psychische Disposition für Radikalität entwickeln. Was dabei herauskäme, dürfte politisch durchaus unbequem sein.

Sehen Sie die Gefahr, dass ein stärkerer Fokus auf Migranten die extremen Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft in den Hintergrund treten lässt?

SEIDEL Es passiert doch laufend, dass eine Mehrheit unschöne Entwicklungen anderswo aufgreift, um sich selbst zu entschulden. Auch die Debatte nach 1990 um den Rechtsextremismus in Ostdeutschland wirkte manchmal, als habe es vorher im Westen überhaupt kein Problem gegeben. Man muss sich das eine anschauen, ohne das andere zu vernachlässigen! Das gilt bei Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter Migranten genauso.

Wenn ich früher als Journalist über Antisemitismus in Einwanderermilieus geschrieben habe, gab es oft Leserbriefe mit dem Unterton: Wir Deutschen sind halt weiter mit der Aufarbeitung. Oder als es kürzlich in einer unserer Schulen in Berlin-Friedenau antisemitische Beleidigungen gegen einen Schüler gab, hat die AfD das sofort aufgegriffen: Seht her, hieß es da, so ist das halt an einer Schule mit mehrheitlich migrantischen Schülern. Solche Beispiele zeigen, dass es bestimmten Leuten und bestimmten Milieus an gesellschaftlicher Reife fehlt: Man muss über unschöne Entwicklungen bei Minderheiten sprechen, ohne in ein Wir und Ihr zu verfallen.

Das klingt schön – aber wie kann das gelingen?

SEIDEL Man muss Bewusstsein schaffen, dass die Minderheiten Teil des Ganzen sind, dass sie nicht von außen kommen. Jugendliche, deren Familien seit 50 Jahren hier leben, sind Teil der deutschen Gesellschaft. Sie haben vielleicht verschiedene persönliche Hintergründe, die Ideologien

der Ungleichwertigkeit kommen unterschiedlich begründet auf die Tagesordnung. Aber die Zielrichtung ist immer gleich: Andere abzuwerten und sich selbst zu erhöhen. Bei der Debatte muss klar sein: Das sind unsere „Bösen“, das ist unsere Gesellschaft. Und deshalb müssen wir Ressourcen zur Verfügung stellen, damit negative Entwicklungen bei Minderheiten mit der gleichen Intensität bearbeitet werden wie es die Anti-Rechtsextremismus-Programme für die Mehrheitsgesellschaft tun.

KLEFF Wir hören seit Jahren von verschiedenen Seiten, dass wir die Probleme nicht so laut ansprechen sollen – weil das Applaus von der falschen Seite geben könnte. Nun ist es sicher wichtig, dass man in der Debatte sorgfältig formuliert, um deutschen Rassisten keine Munition zu liefern. Aber häufig ist die Angst vor falschem Applaus auch ein Vorwand, unbequeme Themen zu vermeiden.

Ihr Netzwerk hat langjährige Erfahrung bei der konkreten Auseinandersetzung mit extrem rechten Einstellungen unter Migranten. Was haben Sie als erfolgreiche Gegenstrategien identifiziert?

KLEFF Wir konzentrieren uns auf die Institution Schule. Selbstverständlich kann sie nicht alles bearbeiten, sie ist nur eine Institution in einer Gesellschaft. Und natürlich sind wir mit Beschränkungen konfrontiert: Schulen könnten besser ausgestattet, die Lehrerausbildung müsste besser sein. Aber auch unter den heutigen Bedingungen kann man eine Menge machen, es gibt sehr viele Stellschrauben, sehr viele Menschen an einer Schule, vom Hausmeister bis zum Schulleiter. Durch das Drehen an diesen Schrauben kann man viel dazu

beitragen, dass Kinder und Jugendliche in einer Schule weniger anfällig werden für Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Was heißt das konkret?

KLEFF Es muss darum gehen, ein Menschenbild von Gleichwertigkeit zu vermitteln, und zwar nicht nur an einem Projekttag, sondern es im normalen Alltag zu leben. Die Pädagogik weiß viel darüber, wie das Bedürfnis minimiert werden kann, Aggression auszuüben: Wenn das Selbstwertgefühl des Kindes stark wird. Wenn es Selbstwirksamkeitserfahrungen machen kann, also konkret erlebt: Ich tue dies, und dann passiert das. Wenn das Kind mitbekommt, dass seine Meinung zählt – und zwar nicht nur bei der Frage, welche Farbe der Klassenraum hat. Wenn es sich angenommen fühlt und als Teil einer Gruppe.

Es ist wichtig, alle zu Wort kommen zu lassen. Wir versuchen, aktivierende Interaktionsformen stark zu machen: Open Spaces, Diskussionsforen, einen Klassenrat einrichten. Lernpsychologisch sind solche Erfahrungen die Grundlage – danach kann ich die nächsten Schritte machen. Wenn die emotionale Basis stimmt, kann ein Kind auch kognitiv mehr verstehen, dann kann man rationales Aushandeln obendrauf setzen. Diskutieren und Meinungsaustausch sind also etwas, das man nicht erst nach Mathe und Physik machen sollte, wenn nur noch wenig Zeit und Aufmerksamkeit da ist. Das ist nicht nur die Verzierung auf der Torte.

Wir drängen darauf, die Kinder und Jugendlichen als ganze Person wahrzunehmen, nicht allein Wissen abzufragen, sondern auch zu fragen, wie es ihm geht, was gerade in seinem

Kopf vorgeht. Natürlich ist man dann schnell bei dem Punkt, ob ich in der Schule Zeit und Nerven und Kapazitäten und Menschen habe zum Zuhören. Mein Maßstab für gute Schule ist, ob es genug Erwachsenenminuten pro Kind und Tag gibt. Heute sollte es darum gehen, die Kinder als Ganzes zu sehen und stark zu machen. Informationen können sie auch woanders herholen. Deshalb muss ihre Neugierde, ihre Kreativität, ihre Team- und Kommunikationsfähigkeit gefördert werden. Es ist daher eine Fehleinschätzung, zu sagen, man „verliere“ eine Stunde Mathe, wenn man mit Kindern beispielsweise über politische Ereignisse diskutiert oder am Tag nach dem Terroranschlag vom Breitscheidplatz über ihre Gefühle. Mit unserem Leitbild liegen wir übrigens voll im Trend, denn in den Schulgesetzen der Bundesländer steht an erster Stelle: Die Kinder sollen zu mündigen, selbstständigen, demokratischen Bürgern erzogen werden. Da steht nicht, sie müssen 18 Physikregeln auswendig können. Das sollen sie natürlich auch, aber das kann nicht die Priorität sein.

Und was könnte gesamtgesellschaftlich getan werden gegen Rechtsextremismus unter Migrantinnen und Migranten?

KLEFF Wie gesagt, das Wichtigste ist, dass die Mehrheitsgesellschaft diese Probleme als ihre Probleme annimmt. Dabei würde es sehr helfen, wenn jede Institution sich fragt, ob sie genug Menschen hat, die eine sprachliche oder eine biografische Nähe haben. Wir wissen, dass Blicke von Experten wichtig sind – ob er Mohammed heißt oder Hans, ist dabei nicht das Wichtigste; auch Hans kann sich das Wissen aneignen. Wir brauchen jedenfalls mehr interkulturelle Kompetenz, nicht nur in der Schule, sondern auch in der Politik, in den

Medien, in der Verwaltung, in der Wissenschaft, überall. In der Schule wären wir dann zum Beispiel in der Lage, ultranationalistische oder islamistische Einflussnahme auf die Köpfe der Kinder früh und sicher zu erkennen – statt pauschal zu unterstellen, Mohammed und Mustafa seien potenzielle Killer.

SEIDEL Es wäre wichtig, dass sich die Gesellschaft einen genauen Begriff davon macht, wer sie ist, was ihre gemeinsamen Grundlagen sind – wenn man will, kann man das „Leitkultur“ nennen. Dann kommt man auf bestimmte Normen und Werte, die zum Beispiel in der Verfassung festgeschrieben sind – und man merkt sehr schnell, wer diese Werte infrage stellt: Das kann die NPD sein oder jemand aus der AfD, das können die Grauen Wölfe sein oder irgendwelche Ustascha-Leute. Wenn das Verbindende klar ist, dann lassen sich auch die verschiedenen Angriffe leichter zurückweisen. Und zwar gemeinsam durch alle Demokraten, egal welche familiären Wurzeln sie auch haben mögen.

Sanem Kleff, Eberhard Seidel, Toralf Staud für bpb.de
Erstveröffentlichung November 2017, Herausgeber:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb



FLORIS BISKAMP

2. Über den Umgang mit dem Extremismus der Anderen

Fällt der Begriff Rechtsextremismus, geht es meist um „extremistische“ Ausprägungen von deutschem Nationalismus – um Neonazis, freie Kameradschaften, die NPD und Teile der AfD. Das ist gut, denn der deutschnationale Rechtsextremismus bildet nach wie vor die in Wort und Tat stärkste und gefährlichste Form von Autoritarismus im deutschsprachigen Kontext. Jedoch nimmt die Bedeutung von politischen Gruppen und Strömungen zu, deren Ideologien der des deutschen Rechtsextremismus stark ähneln, die aber der etablierten Vorstellung von deutschnationalem Rechtsextremismus kaum entsprechen – zum Beispiel, weil sie dezidiert nicht deutschnational bzw. gar nicht nationalistisch sind oder weil sie sich primär aus migrantisch geprägten Bevölkerungsgruppen rekrutieren. Im Folgenden diskutiere ich, wie diese „Rechtsextremismen“ sinnvollerweise betrachtet und thematisiert werden sollten und welche Fallstricke dabei zu vermeiden sind.¹

Erscheinungsformen

Ich teile ein Begriffsverständnis, dem zufolge Rechtsextremismus durch spezifische ideologische Gehalte definiert ist.² Rechtsextreme Ideologien sind demnach eine bestimmte Art, die Herausforderungen und Zumutungen moderner Gesellschaft zu verarbeiten. Kennzeichnend sind eine starke Identifikation mit dem imaginierten (nationalen) Eigenkollektiv, die Abwertung realer oder imaginierter Gegengruppen, die Ablehnung individueller Freiheits- und demokratischer Mitbestimmungsrechte sowie die Unterordnung des Individuums unter das Kollektiv, unter autoritäre Regeln und unter eine starke Führung. Hinzu kommen meist autoritäre Ideale von Männlichkeit, Weiblichkeit und Sexualität. Von besonderer Bedeutung ist dabei ein in der Regel antisemitisch ausgestaltetes verschwörungstheoretisches Denken, in dem eine oft als jüdisch imaginierte konspirative Gruppe für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht und ihre Auslöschung als Erlösung verstanden wird.

Unter migrantisch geprägten Minderheiten im deutschsprachigen Kontext sind gegenwärtig insbesondere drei Arten von „Extremismus“ relevant, deren Ideologien entsprechende Züge tragen und die ich hier genauer betrachten möchte: Islamismus, türkischer Ultrationalismus und „Rechtsextremismus“ unter Russlanddeutschen.³

Am prominentesten ist wohl der Islamismus, vor allem in seinen salafistischen Ausprägungen.⁴ Seine Ideologie unterscheidet sich vom deutschnationalen Rechtsextremismus dadurch, dass der Islamismus sich als universalistisch versteht und dem Anspruch nach alle Menschen unabhängig von „Herkunft“ oder „Hautfarbe“ in das imaginierte islamische Eigenkollektiv integrieren will. De facto findet aber auch hier eine

Aufwertung der rigoros definierten Eigengruppe und eine Abwertung aller als ungläubig abgelehnten, imaginierten oder realen Feinde statt – zu diesen zählt oftmals die zu Ungläubigen erklärte Mehrheit der Muslim_innen. Die Sehnsucht nach klaren autoritären Regeln wird durch die Hinwendung zu einer besonders rigorosen Auslegung islamischer Rechts-tradition befriedigt. Verschwörungstheoretisches und antisemitisches Denken ist in diesen Kreisen weit verbreitet, auch die Männlichkeitsideale ähneln denen der extremen Rechten teilweise stark.

Die Anhänger_innen des Salafismus in Mitteleuropa haben größtenteils selbst keine starke islamische Sozialisation erfahren. Eine relevante Zahl hat keinerlei muslimischen Familienhintergrund, sondern ist selbst zum Islam konvertiert – vermutlich ist der Anteil der Konvertit_innen im Salafismus so groß wie in keiner anderen muslimischen Strömung in Europa. Trotzdem bilden Personen mit einem muslimischen Familienhintergrund bzw. einem Migrationshintergrund aus einem islamisch geprägten Land die Mehrheit der Salafist_innen in Mitteleuropa. Generell ist der Salafismus stark durch internationale Netzwerke beeinflusst, sodass es sich insgesamt um eine transnationale und mit Migration in Zusammenhang stehende Strömung handelt.

Im Falle des türkischen Ultrationalismus⁵ ist die ideologische Nähe zum deutschnationalen Rechtsextremismus noch deutlicher, denn es handelt sich um einen ethnisch-exklusivistischen Nationalismus, der zunehmend mit „neo-osmanischen“ Großmachtphantasien verbunden ist. Eine Besonderheit besteht darin, dass die Identifikation mit der türkischen Nation und die Identifikation mit dem Islam im Namen einer sogenannten „türkisch-islamischen Synthese“ stark verknüpft sind. Diese Tendenz nimmt seit einigen Jahren weiter zu,

sodass der türkische Nationalismus immer religiöser und der türkische Islamismus immer nationalistischer wird.

Die Parallelen zu neofaschistischen Bewegungen in anderen europäischen Ländern sind offensichtlich. Am deutlichsten ist das zu sehen bei den Grauen Wölfen und den ihnen zuzurechnenden Organisationen, von denen sich ein ideologisches Kontinuum bis in den konservativen Mainstream türkeistämmiger Communities erstreckt, unter anderem zu zahlreichen Unterstützer_innen Erdoğan's. Ebenso wenig wie die Anhänger_innen der AfD können letztere insgesamt als rechtsextrem bezeichnet werden, allerdings bestehen eine ideologische Nähe sowie personelle und organisatorische Verbindungen. Der türkische Ultranationalismus hat unter türkeistämmigen Minderheiten in Mitteleuropa zwar zahlreiche Gegner_innen, findet aber auch großen Anklang – nicht zuletzt unter jungen Menschen der sogenannten dritten Generation, deren Eltern als Kinder türkeistämmiger „Gastarbeiter“ geboren wurden.

Dem Rechtsextremismus verwandte ideologische Tendenzen sind auch innerhalb russlanddeutscher Bevölkerungsteile zu beobachten.⁶ Diese fanden bis vor kurzem nur wenig Beachtung, treten aber spätestens seit dem „Fall Lisa“ im Januar 2016 verstärkt ins öffentliche Bewusstsein: Nach einer erfundenen, vermeintlich von einem Flüchtling begangenen und durch russische staatsnahe Medien skandalisierten Entführung eines russlanddeutschen Mädchens in Berlin kam es zu mehreren Demonstrationen in Deutschland, die an flüchtlingsfeindliche Stimmungen nach der Silvesternacht von Köln anzuknüpfen suchten. Auch bei dem ultrakonservativen Netzwerk der „Besorgten Eltern“ spielen rechte Russlanddeutsche eine wichtige Rolle.

Anders als Salafismus und türkischer Ultranationalismus weist diese politische Strömung nicht nur ideologische

Parallelen zum deutschnationalen Rechtsextremismus auf, sondern kann ihn auch direkt aufgreifen. Denn im Gegensatz zur Mehrheit der Anhänger_innen von Salafismus und türkischem Nationalismus zählen Russlanddeutsche in der deutschnationalen Ideologie zur „deutschen“ oder „arischen“ Eigengruppe – auch wenn in der Mehrheitsbevölkerung ihnen gegenüber Ressentiments und Rassismus existieren. Dementsprechend dockt diese Strömung stärker an den Rechtsextremismus und Rassismus der Mehrheitsgesellschaft an. Die AfD, die dies erkannt hat, hat deswegen im Bundestagswahlkampf 2017 gezielt unter Russlanddeutschen mobilisiert und konnte dort besonders gut abschneiden. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei diesem „Extremismus“ um ein spezifisch russlanddeutsches Phänomen, das sich durch die Bezugnahme auf spezifisch russlanddeutsche Migrationserfahrungen, durch eigene kommunikative und organisatorische Netzwerke sowie durch den Einfluss russischer Medien auszeichnet.

Diese und andere migrantisch geprägte „rechtsextreme“ Tendenzen sind Realität und ein gesellschaftliches Problem, dem begegnet werden sollte. Jedoch gibt es in ihrer Wahrnehmung und im Umgang mit ihnen eine Reihe von Fallstricken, auf die ich im Folgenden eingehe.

Ignoranz und Exotisierung in der Wahrnehmung

Zunächst stellt sich die Frage, wie diese Ideologien und Bewegungen betrachtet und verstanden werden sollten. Dabei besteht ein erster Fallstrick in der Ignoranz aufgrund von falschen Präkonzeptionen. Weil der Begriff Rechtsextremismus in erster Linie mit deutschem Nationalismus verbunden wird, gibt es die Tendenz, „rechtsextreme“ Ideologien und Handlungen nicht als solche zu erkennen oder gar nicht

zu sehen, wenn sie von Personen ausgehen, die als „ausländisch“ verstanden werden. Ein prominentes Beispiel sind die Reaktionen auf das Massaker im Münchener Olympia-Einkaufszentrum im Juli 2016. Auch wenn vieles darauf hinweist, dass der Täter rechtsextremen und rassistischen Ideologien anhing, taten sich Medien und Behörden sehr schwer damit, diesen Tathintergrund zu benennen. David S.' rechter Terrorismus war für sie nicht als solcher lesbar, weil der Sohn iranischer Flüchtlinge eher als „Ausländer“ denn als deutscher Rassist oder Rechtsextremist gesehen wurde. Falsche Wahrnehmungsmuster führen so dazu, dass rechter Extremismus nicht als solcher erkannt wird – und diese Ignoranz ist nichts Neues: Obwohl Islamismus und türkischer Ultranationalismus spätestens seit den 1970er-Jahren in Mitteleuropa auftreten, blieben sie lange nicht nur unterhalb des Radars staatlicher Behörden und Medien, sondern auch außerhalb des Blickfelds der meisten antifaschistischen Gruppen, die kaum Verbindungen zur migrantisch geprägten Linken haben. Die zahlreichen islamistischen Terroranschläge seit 9/11 haben diese Ignoranz zumindest in Bezug auf den Islamismus beendet, nicht aber für die beiden anderen transnationalen „Extremismen“. Solche Ignoranz ist doppelt schädlich, weil sie die entsprechenden „rechtsextremen“ Tendenzen zum einen außerhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit hält und zum anderen ihre Opfer unsichtbar macht.

Nicht weniger problematisch ist der zweite Fallstrick, die Exotisierung. Dann werden die Phänomene zwar nicht ignoriert, aber als etwas entschieden Fremdes und Nicht-Deutsches wahrgenommen. Diese Sichtweise spiegelt sich in der Kategorisierung der Verfassungsschutzämter wieder, die türkischen Ultranationalismus und Islamismus lange Jahre nicht unter den Kategorien „Rechtsextremismus“ oder „Religiöser

Extremismus“ auflisteten, sondern unter „Ausländerextremismus“. In dieser Rubrik standen sie gemeinsam mit ihren linken Feinden, die ebenfalls nicht unter „Linksextremismus“ aufgeführt wurden. Wichtiger als die Frage, ob eine politische Gruppierung „links“ oder „rechts“ ist, war für den Verfassungsschutz also die, ob sie „deutsch“ oder „ausländisch“ ist. Für den Islamismus wurde dies nach 9/11 dahingehend korrigiert, dass er heute eine eigene Kategorie bildet, doch beim türkischen Ultranationalismus setzt sich die Exotisierung fort – nun unter der Überschrift „Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)“.

Diese politischen Bewegungen werden dabei als Phänomene gerahmt, die mit Gesellschaft und Politik in Deutschland im Grunde nichts zu tun hätten und nur aufgrund von Einschleppung hier existierten. Eine solche Perspektive wird der Realität jedoch schlichtweg nicht gerecht. Dies zeigt sich schon daran, dass die migrantisch geprägten rechten Strömungen ebenso wie die deutschnationalen besonders stark von jungen Männern getragen werden – und diese jungen Männer sind zum größten Teil in Deutschland geboren und sozialisiert. Insofern spricht vieles dafür, dass es sich auch um deutsche Phänomene handelt, deren Ursachen auch hier zu suchen sind. Exotisierende Perspektiven blenden nicht nur diese Ursachen aus, sondern bedienen auch rassistische Diskurse. Die nicht deutschnationalen „Rechtsextremismen“ erscheinen dann als von außen über Europa hereinbrechende Gefahr, der durch Grenzsicherung und die Kontrolle migrantischer Minderheiten Einhalt geboten werden muss. Damit steht die exotisierende Perspektive einer angemessenen Reaktion im Wege und droht die Entfremdung der Minderheiten weiter zu verschärfen – die ein begünstigender Faktor für die diversen „Rechtsextremismen“ ist. Es ließen sich noch mehr Fallstricke anführen, unter anderem

Versicherheitlichung (eine ausschließliche Wahrnehmung als Sicherheitsproblem, dem mit geheimdienstlichen und polizeilichen Mitteln zu begegnen ist), Kulturalisierung (Zurückführen der „Extremisten“ auf die „Kultur“ der jeweiligen Gruppe), Essenzialisierung (Erklärung durch ein vermeintliches „Wesen“ der entsprechenden Minderheit), Homogenisierung (Verallgemeinerung des „Extremismus“ auf die ganze Minderheit), Weißwaschung der Mehrheitsgesellschaft (die Behauptung, „Extremismus“, Terrorismus, Homophobie, Antisemitismus usw. seien heute in erster Linie oder exklusiv Probleme von Minderheiten).

Die transnationale Perspektive

Die exotisierende Wahrnehmung von „Ausländerextremismus“ ist eng mit einer Perspektive auf Migration verbunden, die in der Bundesrepublik lange dominierte: mit der Fiktion, es handele sich bei den Arbeitsmigrant_innen der 1950er- und 1960er-Jahre um „Gastarbeiter_innen“, die irgendwann mit ihren Familien wieder in die „Heimat“ zurückkehren würden. Dies wurde seit den 1990er-Jahren zunehmend als Illusion erkannt und zunächst von SPD und Grünen, später auch von CDU und FDP aufgegeben. Seither besteht weitgehender Konsens darin, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist. Wer nun davon ausgeht, dass die sogenannten Gastarbeiter_innen, ihre Familien und Nachkommen ebenso in Deutschland bleiben wie andere Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie also Teil der deutschen Gesellschaft sind, der muss auch ihre politischen Einstellungen, Ideologien und Organisationen als Teil des hiesigen politischen Lebens verstehen. Allerdings handelt es sich bei den drei oben genannten

„Extremisten“ auch nicht um rein deutsche Phänomene: Die Konjunktur des Salafismus in den letzten Jahren war eng mit Aufstieg und Fall des Islamischen Staates in Syrien, Irak und andernorts verbunden. Im Kontext des türkischen Angriffs auf das nordsyrische Afrin 2018 wurde einmal mehr deutlich, dass enge Verbindungen zwischen den Ereignissen im Nahen Osten und politischen Konflikten unter türkeistämmigen Bevölkerungsteilen in Deutschland bestehen. Und im „Fall Lisa“ waren russische staatsnahe Medien unmittelbar an der Skandalisierung und Mobilisierung beteiligt.

Die genannten „Rechtsextremisten“ sind demnach weder exotische Gewächse, die zufällig nach Deutschland eingeschleppt wurden, noch sind es ganz und gar endemische Phänomene, die nichts mit anderen Ländern zu tun haben, noch schlichtweg globale Erscheinungen, die in einem unstrukturierten weltweiten Raum existieren. Vielmehr gehen sie auf spezifische Bedingungen in mehreren Ländern zurück und sind durch Verbindungen zwischen diesen geprägt, wobei die Migrationsgeschichte eine entscheidende Rolle spielt. Daher empfiehlt sich bei ihrer Betrachtung eine konsequent transnationale Perspektive: Transnationale „Extremisten“ zeichnen sich gerade durch ihren grenzüberschreitenden Charakter aus und sind sowohl durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und politischen Dynamiken in Deutschland als auch durch die in anderen Ländern wie der Türkei, Syrien und Russland geprägt.

Fragt man aus einer transnationalen Perspektive nach den Ursachen für die verschiedenen „Extremisten“, finden sich diese in je spezifischer Form in verschiedenen Ländern. Historisch betrachtet steht zunächst außer Frage, dass der Islamismus in islamisch geprägten Ländern und der türkische Nationalismus im Zentrum des Osmanischen Reichs

entstanden sind. Hätte es keine Immigration aus diesen Regionen gegeben, fänden die entsprechenden Ideologien wohl kaum eine nennenswerte Anhänger_innenschaft in Mitteleuropa. Politische Ideologien werden bei der Migration aber nicht einfach im Gepäck mitgebracht und unverändert an nachfolgende Generationen weitervererbt. Sicherlich lässt man politische Überzeugungen nicht einfach zurück und sicherlich werden Kinder von den Überzeugungen ihrer Eltern beeinflusst. Allerdings werden sich migrierte Personen und ihre Nachfahr_innen langfristig nur dann mit einer herkunftslandbezogenen Ideologie identifizieren, wenn deren Identifikations- und Weltdeutungsangebot für sie in ihrem aktuellen lebensweltlichen Kontext attraktiv ist. Dies gilt für die Generation der Migrant_innen, es gilt für die ihrer Kinder und es gilt umso mehr für die ihrer Enkelkinder.

Die Faktoren, die eine solche Identifikation mit herkunftslandbezogenen „Rechtsextremismen“ attraktiv machen, lassen sich grob in zwei Kategorien einordnen. Erstens sind migrantische Minderheiten all den Anforderungen moderner Gesellschaften ausgesetzt, die auch bei Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft die entsprechenden Ideologien attraktiv machen. Wenn relevante Teile der Mehrheitsgesellschaft solchen Impulsen nachgeben, gibt es keinen Grund zur Annahme, dass dies bei migrantischen Minderheiten anders sein sollte. Weil sich die meisten migrantischen Minderheiten – Russlanddeutsche sind hier eine Ausnahme – aber nicht ohne Weiteres dem deutschnationalen Rechtsextremismus anschließen können, wenden sie sich anderen ideologischen Angeboten zu. Zweitens ist davon auszugehen, dass die Erfahrungen von Exklusion, Marginalisierung und Diskriminierung, die viele Menschen mit Migrationshintergrund machen, eine Hinwendung zu Ideologien befördern, die ihre stigmatisierte

Identität positiv aufwerten und als ein Zeichen der Stärke umdeuten. Deswegen ist die Zuwendung zu transnationalen Extremismen auch eine Reaktion auf Marginalisierung und Diskriminierung. Die konkreten politischen Dynamiken wiederum sind stark durch Prozesse und Akteur_innen innerhalb der jeweiligen Bezugsländer geprägt, zum Beispiel durch den Bürgerkrieg in Syrien, den Putschversuch in der Türkei 2016 oder diplomatische Spannungen zwischen den Ländern. Transnationale Medien und Organisationen spielen dabei eine entscheidende Rolle, aber auch familiäre Bindungen in die Herkunftsländer sind für die transnationale Vermittlung politischer Dynamiken relevant.

Der rassistische Diskurskontext

Diese Phänomene durch das Einnehmen einer transnationalen Perspektive adäquat zu verstehen, ist jedoch höchstens die Hälfte der zu leistenden Aufgabe. Als nächstes stellt sich die Frage, wie sie in der öffentlichen Debatte angemessen thematisiert werden können. Verglichen mit der Kritik des deutschnationalen Rechtsextremismus kommt hier insbesondere ein Problem hinzu: Diejenigen Gruppen, aus denen die transnationalen „Rechtsextremismen“ ihre Anhänger_innen in erster Linie rekrutieren, sind selbst Objekt rassistischer Diskriminierung – dies gilt in je unterschiedlichem Ausmaß für Türk_innen, Muslim_innen und Russlanddeutsche sowie Vertreter_innen anderer Minderheiten. Tatsächlich sind die beiden oben genannten Fallstricke von Ignoranz und Exotisierung Artikulationsformen dieser Rassismen. Wer transnationale „Rechtsextremismen“ öffentlich thematisiert, bewegt sich deswegen immer in diesem rassistischen Diskurskontext, zu dem man sich dementsprechend verhalten muss. Für die

Reflexion ist daher ein angemessenes Verhältnis von Rassismus entscheidend. Ein solches konturiere ich im Folgenden in Abgrenzung zu zwei verkürzten Rassismusbegriffen.⁷

Einer besteht im Verständnis von Rassismus als Vorurteil, also als einer falschen, die Wirklichkeit ins Negative verzerrenden, illegitim verallgemeinernden Sichtweise auf die jeweiligen Gruppen. In diesem Begriffsverständnis ist Rassismus etwas, das sich in erster Linie in den Köpfen der Rassist_innen abspielt und zu empirisch falschen Darstellungen führt. Ein solches Verständnis von Rassismus dominiert sowohl im Alltagsgebrauch als auch in der Vorurteilsforschung, zum Beispiel in den diversen Forschungsprojekten zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und den Mittelstudien. Versteht man Rassismus dergestalt als Vorurteil in den Köpfen von Rassist_innen, liegt der Schluss nahe, dass eine angemessene Thematisierung darin bestünde, den falschen rassistischen Darstellungen richtige, nicht-rassistische entgegenzusetzen. Das hieße in Bezug auf die hier verhandelten Phänomene, dass den ignoranten und exotisierenden Fehlbeschreibungen bessere Darstellungen gegenüberzustellen wären, die die „Extremismen“ konsequent in ihrer Transnationalität erkennbar machen.

Bei einer genaueren Betrachtung erweist sich ein solches Vorgehen als nicht hinreichend. Es besteht kein Zweifel daran, dass Herausforderungen sachlich angemessen dargestellt und benannt werden müssen, dennoch ist das Problem des rassistischen Diskurskontexts damit noch nicht gelöst. Dies wird insbesondere aus der Perspektive des zweiten Rassismusverständnisses sichtbar, in dem Rassismus als soziales Verhältnis aufgefasst wird. Genauer: als ein gesellschaftlicher Mechanismus, der Differenzen zwischen einer privilegierten, unmarkierten Mehrheit einerseits und rassifizierten

Minderheiten andererseits mit sozialer Bedeutung auflädt und dazu führt, dass materielle und symbolische Ressourcen – wie Arbeitsplätze, Wohnungen, Polizeikontrollen, Freundschaften – diskriminierend verteilt werden. Beispielsweise lässt sich beobachten, dass die Unterscheidung muslimisch / nicht-muslimisch in den letzten 20 Jahren mehr und mehr soziale Relevanz erhalten hat; auch kann man nachweisen, dass als muslimisch identifizierte Personen schlechtere Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt haben, sodass man von einem antimuslimischen Rassismus sprechen kann.

Rassismus drückt sich so verstanden nicht nur in falschen Darstellungen aus, die zu korrigieren wären, sondern auch darin, welche Probleme in welchem Ausmaß thematisiert und welche Formen von Wissen über welche Gruppen produziert werden. Spezifischer führt Rassismus dazu, dass Probleme in Minderheiten ausgesprochen viel Aufmerksamkeit erhalten und diese besonders problemfixiert ist. Versteht man Rassismus als soziales Verhältnis, so wird deutlich, dass auch sachlich angemessene Darstellungen von Problemen innerhalb rassifizierter Minderheiten zur Verstärkung von Rassismus beitragen können. Dies ist in deutschsprachigen Ländern in den letzten Jahren insbesondere in Bezug auf den Islam zu konstatieren. Auf den Titelseiten der großen Wochenmagazine Spiegel, Focus und Stern sowie in der Themensetzung politischer Fernsehtalkshows zeigt sich eine regelrechte Fixiertheit auf den Islam, die meist Probleme oder Gefahren hervorhebt. Selbst wenn diese Berichte über Probleme innerhalb islamischer Kontexte allesamt sachlich akkurat wären (was sie nicht sind), konstituieren sie in ihrer Gesamtheit doch einen marginalisierenden Diskurs auf Kosten einer Minderheit, die bereits einer unverhältnismäßig starken Beobachtung und Problematisierung ausgesetzt ist. In einem solchen

Diskurs kann auch das Hinzufügen weiterer sachlich korrekter Darstellungen in kritischer Absicht zu einer Verschärfung statt zu einer Linderung des Problems beitragen.

Trotzdem birgt auch dieses zweite Rassismusverständnis seinen eigenen Fallstrick, nämlich eine reduktionistische Verdachtshermeneutik, in der jedes Sprechen über Probleme in rassifizierten Minderheiten in erster Linie oder ausschließlich als rassistisch erscheint. Die Kritik des antimuslimischen Rassismus neigt beispielsweise dazu, alle Äußerungen über irgendwelche mit dem Islam in Zusammenhang stehende Phänomene in erster Linie auf ihre mögliche Einbindung in rassistische Diskurse hin zu befragen. Dann interessiert nur noch, ob eine Äußerung oder Darstellung geeignet sein könnte, Rassismus zu reproduzieren – und tatsächlich ist jede Thematisierung von Problemen innerhalb islamischer Kontexte potenziell dazu geeignet, die Fokussierung der Debatte auf den Islam und die Stigmatisierung von Muslim_innen zu verschärfen. So entsteht die Gefahr, dass in jeder Thematisierung nur noch Rassismus gesehen wird und der Blick dafür verloren geht, dass eine solche Problematisierung auch befreiende Effekte haben kann. Stigmatisiert man entsprechende Äußerungen allzu eilfertig als rassistisch, hemmt das die notwendige Produktion von Darstellungen, die die Probleme in ihrer Transnationalität benennen und sich Rassismus gegenüber reflektiert zeigen. So folgen aus einer verkürzten Reflexion von Rassismus mitunter genau die Ignoranz und Ausblendung, die den mehrheitsgesellschaftlichen Blick von Vornherein geprägt hatten.⁸

Eine solche Verdachtshermeneutik hintertreibt nicht nur die Solidarität mit denjenigen Gruppen, die von den transnationalen „Extremismen“ bedroht sind, sie unterstützt autoritäre Akteur_innen auch darin, sich als Opfer zu inszenieren –

denn diese wissen die Klaviatur der Antidiskriminierung häufig sehr gut zu bedienen. Kritik an türkischem Ultranationalismus oder der Regierung Erdoğan wird als Türkenfeindlichkeit zurückgewiesen; salafistische, islamistische oder islamisch-konservative Akteur_innen monieren Islamfeindlichkeit oder Rassismus; russische Staatsmedien beschwerten sich entsprechend über Russophobie.

Rassistische Verzerrung

Um beide Fallstricke zu vermeiden, bedarf es eines anderen Rassismusverständnisses. Ich schlage deswegen vor, Rassismus als eine Verzerrung der öffentlichen Debatte oder genauer als systematisch verzerrtes Kommunikationsverhältnis zu betrachten. Dabei gehe ich davon aus, dass öffentliche Diskussionen und öffentlicher Streit in einer demokratischen Gesellschaft wünschenswert sind – in Zeitungen, in Fußgängerzonen, in sozialen Medien, an Küchentischen oder auf Pausenhöfen. Zu diesen an sich wünschenswerten Auseinandersetzungen zählen auch Debatten über transnationale „Rechtsextremismen“, über ihre Ursachen, ihre Akteur_innen und etwaige Gegenmaßnahmen. Sie sind erstrebenswert, weil in ihnen kommunikative Vernunft walten kann: Der zwanglose Zwang des besseren Arguments kann wirken und realistische Darstellungen des Problems von transnationalem Extremismus können sich etablieren, die es in seiner Komplexität erkennbar machen und somit wirksame Gegenstrategien ermöglichen.

Allerdings kann es sein, dass diese an sich wünschenswerten Diskussionen unter systematisch verzerrten Voraussetzungen stattfinden. Solche Verzerrungen können durch verschiedene Faktoren verursacht und begünstigt werden, von denen

insbesondere zwei relevant sind: erstens die aus Ideologiekritik und Sozialpsychologie bekannten Mechanismen von Externalisierung und Projektion, mit denen gesellschaftliche Probleme verarbeitet werden, indem Gegengruppen konstruiert und ihnen negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Dies kann dazu führen, dass sich öffentliche Debatten auf Probleme in Minderheiten fixieren oder sich Darstellungen etablieren, die nicht durch rationale Argumente gestützt sind. Zweitens werden derartige Verzerrungen der öffentlichen Debatte durch bestehende Machtdifferenziale begünstigt: Ohnehin schon marginalisierte Gruppen haben schlechtere Chancen, im öffentlichen Diskurs Gehör zu finden – somit haben sie auch wenig Möglichkeiten, den rassistischen Verzerrungen effektiv zu widersprechen.

So können sich falsche Darstellungen gegen bessere Argumente durchsetzen, Minderheiten werden stigmatisiert und nicht rechtfertigbare Formen von Diskriminierung erscheinen als legitim. Unter solchen Bedingungen können öffentliche Debatten über Probleme unter Minderheiten gerade nicht zu mehr Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit, sondern zu mehr Diskriminierung und Ungleichheit führen. Dann tragen Diskussionen über Salafismus dazu bei, dass Muslim_innen als Risikogruppe gesehen werden und vermehrter Diskriminierung ausgesetzt sind, für türkischen Nationalismus und autoritäre Tendenzen unter Russland-deutschen gilt Analoges.

Indikatoren für eine derartige Verzerrung gegen eine bestimmte Minderheit können insbesondere sein:

1. Debatten sind unbegründet auf die betroffene Minderheit fokussiert.
2. In Bezug auf die Minderheit wird überproportional viel problematisiert.
3. In Bezug auf die Minderheit wird unbegründet kulturalisiert.
4. In Bezug auf die Minderheit wird essenzialisiert und homogenisiert.
5. „Extremismen“ innerhalb dieser Minderheit werden exotisiert oder überproportional versicherheitlicht betrachtet.
6. „Unsere Kultur“ und „die Kultur der Anderen“ werden als gegeneinander abgeschlossene Entitäten imaginiert.
7. Trotz weithin verfügbarer Gegenargumente halten sich bestimmte Fehldarstellungen kontinuierlich in der Öffentlichkeit.
8. Stimmen aus der Minderheit werden marginalisiert, tokenisiert, selektiv wahrgenommen, instrumentalisiert und / oder auf die Rolle der Stimme der Minderheit fixiert.
9. Die Existenz von Rassismus und Diskriminierung wird ausgeblendet, verleugnet oder gerechtfertigt.

Versteht man Rassismus solchermassen als ein systematisch verzerrtes Kommunikationsverhältnis, so kann er als gradu-elles Problem erkannt werden: Diskussionen in verschiedenen Zusammenhängen sind nicht entweder rassistisch oder nicht, sondern mehr oder weniger rassistisch verzerrt – und dieses Ausmaß kann von Kontext zu Kontext, von Zeitung zu Zeitung, von Klassenzimmer zu Klassenzimmer variieren. In Bezug auf konkrete Äußerungen oder Darstellungen bedeutet dies, dass die Thematisierung von „Extremismen“ unter Minderheiten auch vor dem Hintergrund rassistischer Marginalisierung verschiedene positive und negative Effekte haben kann: Sie kann einerseits helfen, unterbelichtete gesellschaftliche Probleme sichtbar zu machen und letztlich zu überwinden. Andererseits kann sie aber auch dazu beitragen, die Stigmatisierung von marginalisierten Minderheiten zu verschärfen. Der eine Effekt schließt den anderen nicht aus, aber beide Effekte können unterschiedlich groß sein. Das hängt von der sachlichen Angemessenheit der jeweiligen Thematisierung ebenso ab wie von Ausmaß und Form der Verzerrung im jeweiligen Kontext, von der Sprecher_innenposition, vom Publikum, von der konkreten Situation und anderem mehr.

Die Aufgabe von Kritik im emphatischen Sinne muss es sein, die transnationalen „Rechtsextremismen“ so anzusprechen, dass sie einerseits als transnationale Probleme im Hier und Jetzt erkennbar werden und ihnen effektiv begegnet werden kann, andererseits aber möglichst wenig zu einer weiteren Verzerrung der Debatten über die jeweilige Minderheit beitragen wird.

¹ Wenn ich dabei von „Extremismen“ und „Rechtsextremismen“ spreche, so bin ich mir der mit diesen Begriffen verbundenen Probleme bewusst. Jedoch hat sich Rechtsextremismus als Bezeichnung für ein bestimmtes politisches Phänomen etabliert, und ich möchte die Analogie zu diesem Phänomen

betonen. Um kritische Distanz zur extremismustheoretischen Sicht zu signalisieren, setze ich die Begriffe in Anführungszeichen, wenn sie als allgemeine Kategorien verwendet werden. Zur Kritik der extremismustheoretischen Sicht auf Rechtsextremismus s. Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin 2010, S. 10-19; Salzborn, Samuel: *Rechtsextremismus* (2. Aufl.). Baden-Baden 2015, S. 22, 133-136.

- ² Ausführlich zur Begriffsdefinition s. Biskamp, Floris: „Im Zwischenraum von Repression und Anerkennung. Über Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus“. In: Albrecht, Yvonne/Biskamp, Floris/Kiepe, Lukas/Milbradt, Björn (Hrsg.): *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien*. Opladen 2017, S. 156-158; Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin 2010, S. 19-31; Salzborn, Samuel: *Rechtsextremismus* (2. Aufl.). Baden-Baden 2015, S. 20-30.
- ³ Diese drei „Extremismen“ werden aktuell von Ismail Küpeli und Elena Lukinykh im Projekt „Hate Speech in Jugendkulturen der Migrationsgesellschaft“ für die Amadeu Antonio Stiftung untersucht.
- ⁴ Zur Vertiefung s. Kiefer, Michael/Ceylan, Rauf: *Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention*. Wiesbaden 2013.
- ⁵ Ausführlich zum türkischen Ultranationalismus s. Taş, Savaş: *Der ethnische Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus. Eine diskursanalytische Studie zur Ideologie des türkischen Staates und der MHP*. Münster 2012; Bozay, Kemal: „Unter Wölfen?! Rechtsextreme und nationalistische Einstellungen unter Türkeistämmigen in Deutschland“. In: Bozay, Kemal/ Borstel, Diek (Hrsg.): *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden 2017, S. 165-185.
- ⁶ Diese Phänomene sind bislang wenig beforscht, für einen Überblick s. Klimentiouk, Nikolai: „Nationalismus und Rassismus bei „Russlanddeutschen“?“ Online unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260496/nationalismus-und-rassismus-bei-russlanddeutschen>
- ⁷ Ausführlich hierzu s. Biskamp, Floris: „Antimuslimischer Rassismus als systematisch verzerrtes Kommunikationsverhältnis. Das Sprechen über den Islam zwischen Befreiung und Festschreibung“. In: Kellershohn, Helmut/ Kastrup, Wolfgang (Hrsg.): *Kulturkampf von rechts*. Münster 2016, S. 180-193.
- ⁸ Ausführlich hierzu s. Biskamp, Floris: *Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuerer kritischer Theorie*. Bielefeld 2016, S. 66-94.



3. **Ethnischer Nationalismus – eine pädagogische Herausforderung**

In der Wissenschaft wie auch in der Bildungsarbeit gibt es ein Unbehagen im Umgang mit Ausdrucksformen von Nationalismus und Selbstethnisierung von migrantischen Jugendlichen. Der Grund hierfür liegt auf der Hand: In den letzten Jahren erleben wir immer wieder, wie „alte“ und „neue“ Rechte versuchen, Migrant*innen für alle Probleme unserer Gesellschaft verantwortlich zu machen. In Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks besteht deswegen die Gefahr, dass auch die Thematisierung von Nationalismus für das rechte Agenda-Setting instrumentalisiert wird.

Ein ähnliches Dilemma zeigt sich im Umgang mit Antisemitismus bei muslimischen Jugendlichen. Ganz nach dem Vorbild des „Front National“ in Frankreich haben die rassistische, islamfeindliche Organisation Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) und die Partei AfD (Alternative für Deutschland) eine oftmals artikulierte pro-israelische Haltung und schreiben sich die Bekämpfung von Antisemitismus auf die Fahne. Dabei verschweigen sie den Judenhass in den eigenen Reihen (Stichwort: u.a. Gedeon) und verweisen in diesem Zusammenhang ausschließlich auf „die Muslime“ als Problemverursacher. Um die Argumentationsstrategien der Rechtspopulist*innen nicht zu reproduzieren,

muss Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem erkannt und zugleich die spezifischen Artikulationsformen von Antisemitismus in unterschiedlichen Milieus thematisiert werden. In der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus stellt sich bereits seit einigen Jahren die Frage, was der richtige Umgang mit antisemitischen Anfeindungen und Vorfällen seitens Muslim*innen ist. So sind im Zusammenhang der antisemitismuskritischen Bildung selbstreflexive und multiperspektivische Ansätze entstanden. Eine antisemitismuskritische Pädagogik benennt spezifische Ausdrucksformen von Antisemitismus, ihre Funktion und ihre Argumentationslinien, um ihnen entgegenzuwirken. Zugleich beansprucht sie, nicht zuschreibend oder kulturalisierend zu arbeiten. Unter diesen Prämissen können die Thematisierung und der pädagogische Umgang mit Antisemitismus unter Muslim*innen gelingen. Eine der vornehmlichen Aufgaben intersektional informierter Bildungsarbeit besteht deshalb darin, die Gleichzeitigkeit von (antimuslimischem) Rassismus und Antisemitismus zu beachten. Das bedeutet auch, den Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen und Erwachsenen in den Eigenheiten seiner Artikulationsformen zu erkennen, auf ihn aufmerksam zu machen und gleichzeitig zu berücksichtigen, dass diese sozial konstruierte Gruppe von Rassismus betroffen ist.

Eine recht neue Herausforderung besteht darin, in einem gesellschaftspolitischen Diskurs, der „Migranten primär als Objekt und nicht als Subjekt von Diskriminierung und Ausgrenzung wahrnimmt“ (Stender 2008, S. 284), migrantischen bzw. „ethnischen Nationalismus“ (Bozay 2009, S. 9) vor der Folie eines rassismuskritischen Ansatzes zu reflektieren. Als „ethnischer Nationalismus“ werden rechtsextreme und rechtsnationalistische Einstellungen von migrantischen Jugendlichen begriffen – also wenn ein Rückzug auf die Konstruktion

von Ethnizität stattfindet, verbunden mit „diversen Mythen und der Hochschätzung der eigenen Nation und mit der Geringschätzung, der Verachtung gegenüber anderen Nationen, ethnischen Gruppen bzw. gesellschaftlichen Minderheiten“ (Bozay 2017, S. 165). Will man den Ansatz der Antisemitismus- und Rassismuskritischen Bildung auf den Umgang mit ethnischem Nationalismus übertragen, müssen vor allem zwei Aspekte in Betracht gezogen werden: (1) die Selbstreflexion der Pädagog*innen, wie sie selbst Nationalismus wahrnehmen und bewerten, (2) die Ausgrenzungserfahrungen und Benachteiligungen der migrantisch positionierten Jugendlichen und ihre unterschiedlichen Umgangsformen mit Nationalismen.

Vorsicht Nation

„Meine gefährliche Liebe zu Deutschland“ – so lautete eine Schlagzeile auf Zeit Online zu einem Artikel, der das „Sommermärchen“ während der Fußballweltmeisterschaft 2006 behandelte. Diese Überschrift bringt die Schwierigkeiten, die viele Deutsche mit dem Patriotismus haben, zum Ausdruck. Für sie ist es angesichts des Nationalsozialismus nicht leicht, ein unbelastetes Gefühl der Liebe für Staat, Nation oder „Vaterland“ zu entwickeln. Im Zeitraum von 1945 bis zur Gegenwart war das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation ein eher diffuses, vielfältig fragmentiertes und von Verdrängung bzw. Tabuisierung bestimmtes „Nicht-Verhältnis“ (vgl. Brähler/Richter 1995). Wo fast jeder Begriff aus dem Vokabular des Patriotismus durch die Nazis besetzt worden war und eine Auseinandersetzung mit ihrer Rhetorik im Zuge der Aufarbeitung der Vergangenheit überhaupt erst durch die 68er begann, war ein „unverkrampfter Patriotismus“ schlicht nicht vorstellbar. Nach der deutschen Wiedervereinigung im Herbst 1989

schien sich ein basisdemokratisches Verständnis von Nationalbewusstsein zu entwickeln, das in eine nationale Gedenkkultur mit antitotalitärer Orientierung übergehen sollte. Die in den Neunzigern aufflammende „Asyldebatte“ und Angriffe auf die Unterkünfte von Geflüchteten zeigten jedoch schon damals die andauernde Virulenz völkischer Vorstellungen. Nachdem das „Sommermärchen“ 2006 die Hoffnungen einiger Kommentator*innen auf einen unverkrampften „Party-Patriotismus“ genährt hat, der mit den Schrecken der Vergangenheit abgeschlossen habe, gibt es neue Stimmen, die den mit der „Flüchtlingskrise“ 2015 wiederaufkommenden völkischen Nationalismus sogar als Folge dieses „neuen Nationalismus“ verstehen.

Ist nicht nur die Liebe zu Deutschland „gefährlich“, sondern möglicherweise jede Ausdrucksform von Patriotismus? Wenn russische, türkische oder US-amerikanische Fahnen am Fenster des Nachbarn hängen, löst dies bei manchen Unbehagen aus. Die brasilianische Flagge beim Zumba-Festival wird hingegen als cool wahrgenommen, die italienische Fahne in der Pizzeria fällt fast gar nicht mehr auf. Solange wir die Vielfalt der Kulturen feiern und „die Welt zu Gast bei Freunden“ ist, sind Patriotismus und Nationalfahnen interessanterweise nicht unerwünscht. Bemerkenswert sind hierbei die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Reaktionen auf bestimmte Formen der Nationalstaatsidentifikation. Sie können helfen, auch die Äußerungen migrantischer Jugendlicher einzuordnen – ohne die Sorge vor den Gefahren des Nationalismus als ein bloß deutsches Problem oder eine historisch begründete Befindlichkeit abzutun.

Hierbei zeigen sich Unterschiede zwischen den Wahrnehmungen von Lehrkräften, die selbst migrantisch positioniert sind, und solchen von nicht-migrantischen Lehrkräften.

Zugespißt formuliert: Eine nicht-migrantische Pädagog*in kann oft mit Gefühlen oder Begriffen von Nationalismus, nationalem Stolz oder Patriotismus nicht viel anfangen, während migrantische Lehrkräfte häufig ein anderes Verhältnis zu Nationalstaaten und „Herkunftsländern“ haben, beispielsweise wenn sie selbst migriert und/oder (Groß-)Elternteile zugewandert sind. Diese unterschiedlichen Narrative spielen auch in der Wahrnehmung von (nicht-)migrantischen Jugendlichen eine Rolle. Grundsätzlich sollte klar sein: Im Sinne des pädagogischen professionellen Handelns gilt der Beutelsbacher Konsens, der impliziert, dass Nationalstaatszugehörigkeiten oder patriotische Positionen von Schüler*innen respektiert werden. Verständlicherweise ist es für alle Pädagog*innen dennoch nicht immer einfach, zwischen legitimen und illegitimen Formen zu unterscheiden.

Wo endet „gesunder Patriotismus“?

Wenn in der hiesigen Gesellschaft von Rechtsextremismus gesprochen wird, werden damit üblicherweise Einstellungsmuster und Verhaltensweisen von „Deutschen ohne Migrationshintergrund“ assoziiert. Weniger Beachtung fand bislang die Verbreitung solcher Einstellungen bei migrantischen Personen. Dabei sind negative Formen von Nationalismus und Extremismus, wie die Verbrennung von Fahnen, gewaltförmige Prozesse von In- und Exklusion innerhalb von migrantischen communities oder die Identifikation mit transnationalen faschistischen Netzwerken genauso stark zu thematisieren und problematisieren.

Im pädagogischen Raum geht es zunächst darum, (ab) wann Ausdrucksformen von Nationalismus unter migrantischen Jugendlichen ein Problem darstellen. Einerseits sollen sich

Jugendliche mit der (alten) Heimat ihrer Eltern oder Großeltern identifizieren dürfen, andererseits müssen Pädagog*innen dafür Sorge tragen, dass sich solche Identifikation nicht in chauvinistische, menschenverachtende und rechtsextreme Ideologie transformiert.

Lehrkräfte – migrantische wie nicht-migrantische – berichten von verschiedenen Formen der nationalen Identifikation unter Schüler*innen mit deren Herkunftsländern, beispielsweise das Tragen des Trikots einer Fußballnationalmannschaft, das Verteilen von Armbändchen mit nationalen Symbolen an Mitschüler*innen anlässlich eines nationalen Feiertages oder der Besuch einer Sonntagsschule zur Pflege der Muttersprache. Wie diese Beispiele zeigen, ist ein nationales Zugehörigkeitsgefühl nicht unbedingt als pädagogisches Problem zu verstehen. Im Gegenteil: Diese Ausdrucksformen sind wichtige Aspekte unserer transnationalen, hybriden und interkulturellen Migrationsgesellschaft.

In der inneren Logik nationaler Argumentationen steckt aber auch eine implizite oder explizite Grenzziehung zwischen der eigenen Wir-Gruppe und den „Anderen“. Und genau hierin liegt das Problem: Wenn mit einer nationalistischen Identifikation das Eigene hervorgehoben wird – und das/der/die Andere als Folge abgewertet, ist das auch eines der Funktionsmerkmale von extremistischen Gruppen. Auch wenn bei extremistischen Gruppen eine antidemokratische Haltung im Vordergrund steht, ist es analytisch hilfreich, die Merkmale gewaltbereiter und menschenfeindlich agierender Gruppen heranzuziehen, will man abwertende nationalistische Argumentationen erkennen. Einige dieser Strukturmerkmale sind: ein dogmatischer Absolutheitsanspruch, der die unanfechtbare Richtigkeit der eigenen Position beschreibt; das Denken in kompromisslosen Gegensatzpaaren bzw. das klassische

Freund-Feind-Stereotyp, das Einsetzen von und Glauben an Verschwörungstheorien sowie politischer Aktivismus. Dass ethnische Nationalismen aufgrund solcher abwertender Argumentationen zu einer Herausforderung für Pädagog*innen werden, erleben wir in unserer Arbeit immer wieder: Wenn sich beispielsweise türkischstämmige Jugendliche abwertend gegenüber Armenier*innen äußern und junge Armenier*innen aus Angst vor Anfeindungen ihre Identität verstecken, ist dies ein Beispiel für einen ethnisch-nationalistischen Konflikt – der für Lehrkräfte eine schwierige Aufgabe ist, insbesondere für solche, die kaum oder wenig Wissen über die Auseinandersetzung zwischen Türk*innen und Armenier*innen haben. Oder der Fall eines israelisch-jüdischen Mädchens: Eine muslimische Schülerin, deren Eltern aus dem Libanon nach Deutschland migriert sind, bedroht und beschimpft eine in Israel geborene Mitschülerin – unter anderem mit dem bevorstehenden Untergang und der Vernichtung des Staates Israel. Die muslimische Schülerin erklärt sich dabei vereint mit ihren „palästinensischen Schwestern und Brüdern“, für die sie als in Deutschland geborenes Mädchen eine besondere Solidarität verspürt.

Aus einer rassismuskritischen Perspektive sei hier bereits angemerkt, dass die Perspektive auf migrantische bzw. ethnische Nationalismen oft einseitig Jugendliche mit nicht-europäischem und häufig muslimisch-arabischem Hintergrund in den Fokus nimmt – insbesondere Lehrkräfte ohne migrantischen Hintergrund sind dafür anfällig. Rechtsextreme Einstellungen gibt es aber auch bei kroatischstämmigen Jugendlichen oder bei russlanddeutschen Migrant*innen. So hat Nikolai Klimeniouk in einer Analyse festgestellt, dass rechte und rassistische Motive in denjenigen Medien, die sich an die russischsprachige Minderheit in Deutschland

richten, weit verbreitet sind. Migration wird hier „als das dringendste Problem Deutschlands dargestellt. Selbst relativ moderate Zeitungen verbreiten ein Bild, das weitgehend mit rechten Diskursen – Überfremdung und Islamisierung, Flüchtlingskatastrophe, ‚illegale Einwanderung‘ statt Flucht, pauschalisierende Darstellung nichteuropäischer Einwanderer als Sexualtäter, Islamisten und Terrorsympathisanten etc. – übereinstimmt“ (Klimeniouk 2018).

Bereits hier ist eine sensibilisierte Wahrnehmung nötig: Welche ethnisch-nationalistischen Argumentationen sind häufig(er) präsent – und welche gar nicht oder kaum im Diskurs sichtbar? Die öffentliche und somit auch im schulischen Kontext verbreitete Perspektive auf bestimmte nationalistische Haltungen und Einstellungen ist nicht zuletzt auf Diskurse in der postnationalsozialistischen Gesellschaft zurückzuführen, in denen Rassismen und rassistische Topoi (Topos der Angst und der Bedrohung, Topos der Kriminalität durch Migrant*innen und den Topos der Überzahl der Migrant*innen) reproduziert werden, sodass Antisemitismus und Nationalismus – Kernmerkmale des nationalsozialistischen Deutschlands – stattdessen als (importiertes) Problem der Anderen fokussiert werden. Dies führt zu einer Verzerrung des Problems, das ein gesamtgesellschaftliches ist und dem daher mit einem multiperspektivischen Ansatz begegnet werden muss.

Ursachen und Motive von ethnischem Nationalismus

Oftmals bietet die Selbstethnisierung von Migrant*innen, also beispielsweise die selbstbestimmte Beschreibung als „Türke“, „Araber“ oder „Muslim“ Jugendlichen eine Orientierung. Manchmal reagieren sie damit auch auf Erfahrungen von

Nichtanerkennung und Diskriminierung. Man kann hier von einer sich zuspitzenden (Gewalt)spirale sprechen, in der die Abgrenzung der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft von Migrant*innen und migrantischen Menschen wiederum zu einem Rückzug der letzteren führt – ein Rückzug in communities und Gruppen, in denen sie eben nicht die Anderen sind, sondern dazugehören.

Diese Fremdmachung seitens der Mehrheitsgesellschaft hat vielerlei Facetten: Migrant*innen und migrantisch positionierte Menschen machen in unserer Gesellschaft Rassismus- und Ausgrenzungserfahrungen, vor allem im Alltagsleben. Dabei sind auch normalisierte und alltägliche Wissensbestände über die Anderen wirkmächtig, denn sie stehen „als machtvolle Deutungsmuster ständig zur potenziellen Verfügung und werden auch von Menschen benutzt, die keine feindseligen Absichten haben“ (Leiprecht 2015, S. 117). Jugendliche machen deswegen Ausgrenzungs- und Rassismuserfahrungen – insbesondere, wenn sie als Andere und „nicht-deutsch“ kategorisiert werden. Diese Erfahrungen korrelieren „deutlich mit gesellschaftlichen Diskursen“, in denen sie „als ‚Ausländer‘ oder ‚mit Migrationshintergrund‘ gelten und deshalb als (potenziell) problematisch von einer vermeintlichen ‚deutschen Normalität‘ Abweichende konstruiert werden“ (Scharathow 2014, S. 414). Die Normalisierung der Andersartigkeit der Anderen findet sich aber nicht nur in alltäglichen Diskursen und Praxen, sondern auch in Regelungen und Routinen von Institutionen – als Barrieren beispielsweise im Zugang zum Arbeits- oder Wohnungsmarkt.

Die immer wiederkehrende Erfahrung oder Zuschreibung als anders kann zur „Selbstisolation“ (Bozay 2017, S. 179) bzw. Selbstethnisierung führen, in der das Anderssein angenommen wird. Viele migrantische Jugendliche berichten in

unseren Workshops davon, wie sie hier als „Nicht-Deutsche“ oder „Kanaken“ gelten, während sie in den Herkunftsländern der (Groß-)Eltern als „Deutsche“ gesehen werden. Wenn Jugendliche, die hier geboren und aufgewachsen sind, ständig nach ihrer Herkunft und Zugehörigkeit gefragt werden, gibt es ein Identitätsdilemma: Die immer wiederkehrende Erfahrung, nicht anerkannt und eine Minderheit zu sein, bestärkt Irritationen und Unsicherheiten bezüglich der eigenen Identität. Unter diesen Konstellationen kann wiederum eine „ethnische Re-Definition“ stattfinden: Migrantische Jugendliche, die ständig als die Anderen wahrgenommen und bezeichnet werden, nehmen zunehmend das Bild des Anderen an (vgl. Bozay 2009). Hier können Gruppen und Ideologien ansetzen, die mit nationalistischen, rechtsextremen und antisemitischen Bildern und Haltungen funktionieren. Ultrationalismus avanciert also zu einem Identitätsangebot für Migrant*innen und sollte in pädagogischer Arbeit insbesondere als solches verstanden werden. Dabei ist es wichtig zu begreifen, dass solche Gruppen und Angebote in den speziellen Konstellationen der hiesigen Gesellschaft funktionieren und im Herkunftsland nicht zwingend die gleiche Attraktivität hätten. Zugleich transportieren sich in der Öffentlichkeit Narrative über die „anderen Länder“, die – insbesondere, wenn es um nicht-europäische Staaten geht – zu oft negativ konnotiert sind. Jugendliche, deren Eltern beispielsweise aus der Türkei oder aus Afghanistan migriert sind, sehen sich mit negativen Bildern und Schlagzeilen über diese Länder konfrontiert. Dem könnte man entgegen, dass die Bilder nur den Realitäten und Geschehnissen in den jeweiligen Ländern entsprechen. Unabhängig von diesen Realitäten wird dabei jedoch die Wirkung dieser Bilder auf die Jugendlichen selbst unterschätzt: Ihre Herkunftsländer oder Zugehörigkeitsgefühle werden

von negativen Bildern dominiert, während sie selbst vielleicht ganz andere Geschichten und Erfahrungen teilen würden. Diese Gegennarrative finden nahezu keinen Platz – weder in den (sozialen) Medien noch in der Schule. Dabei könnte dies ein Anknüpfungsmoment für die Schule und Lehrkräfte sein: Gegennarrative und Gegenbilder zu den hiesigen Zuschreibungen und defizitären Klischees der vielfältigen Herkunftsländer oder Zugehörigkeiten zuzulassen oder sogar selbst zu thematisieren.

Handlungsoptionen in pädagogischen Räumen

Wenn wir Selbst- und Fremdethnisierung als einen wechselseitigen Prozess verstehen, dann sind alle Menschen(gruppen) der Migrationsgesellschaft, Mehr- und Minderheiten, Betroffene und Nicht-Betroffene grundsätzlich an diesen Prozessen beteiligt und somit verantwortlich. Dabei ist es wesentlich, Rassismus als ein gesamtgesellschaftliches und allgegenwärtiges Phänomen zu begreifen. Der rassismuskritische Ansatz versteht die von Rassismus Betroffenen als Subjekte, die für sich selbst sprechen und Erfahrungen, Bedürfnisse wie auch Handlungsoptionen teilen. Dies impliziert gleichzeitig, dass das (Re-)Agieren im Kontext nationalistischer Haltungen und Äußerungen nur gemeinsam, das heißt mit Migrant*innen und migrantischen communities erfolgreich ist. Ortner spricht davon, dass Angebote von ethnischen Nationalisten erfolgreich sind, wenn sie innerhalb der community mindestens toleriert und von der Mehrheitsgesellschaft entweder ignoriert oder gar gefördert werden (vgl. Ortner 2017). Daraus lässt sich die essenzielle und dringend auf Augenhöhe zu verstehende Rolle der Migrantenselbstorganisationen und Führungspersonlichkeiten in migrantischen Milieus für die

Präventionsarbeit (bspw. gegen Radikalisierung und Extremismus) deutlich erkennen.

In pädagogischen Räumen muss klar sein, dass Grenzen zu ziehen sind, wenn Patriotismus bei einer ethnisierten Gruppe als Vorwand genutzt wird, um menschenverachtende und chauvinistische Einstellungen zu artikulieren. Gerade im Zuge der Debatten um den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan erleben wir in unserer Arbeit, wie eine starke Identifikation mit dem türkischen Staat oft mit verächtlichen Äußerungen gegenüber anderen (nichttürkischen, oftmals kurdischstämmigen) Jugendlichen amalgamiert – und wie überfordert Lehrkräfte im Umgang mit dabei auftauchenden menschenfeindlichen Äußerungen sind. Selbstverständlich sollte sein, immer zu reagieren, wenn menschenverachtende Äußerungen seitens der Jugendlichen gemacht werden. Dabei ist im ersten Moment irrelevant, wer die Beschimpfung oder Beleidigung tätigt: Es ist die Pflicht von Pädagog*innen, gegen jegliche Form von diskriminierenden, antisemitischen oder rassistischen Äußerungen zu intervenieren. Ultranationalistische Positionen artikulieren sich häufig sowohl gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft als auch gegen andere Minderheitsgruppen. Dabei besteht die Pflicht der Lehrkräfte darin, (potenzielle) Betroffene zu schützen. Möglichen Betroffenen kann dadurch glaubhaft signalisiert werden, dass ihre Erfahrungen und Verletzungen ernst genommen werden und es Ansprechpartner*innen und Räume gibt, die sie aufsuchen können – ohne Angst vor weiterer Verletzung durch Relativierung oder Negierung des Erlebten, ungewollter Veröffentlichung oder dem Verlust von Handlungsfähigkeit und Kontrolle. Denn nicht selten verheimlichen Jugendliche aufgrund von Vorerfahrungen ihre religiöse oder nationale Zugehörigkeit.

Von besonderer Relevanz ist dabei die Art und Weise, die Sprache und Wortwahl der Pädagog*innen: Im Zuge der Intervention gegen Diskriminierung sollten sie nicht selbst fremdzuschreibend und kulturalisierend werden. Antworten wie: „Ihr Türken seid alle so aggressiv, komm‘ mal wieder runter“ stellen keine ideale pädagogische Intervention dar. Auch ist es wichtig, zwischen Person und Problem zu trennen: Jugendliche in ihrer Adoleszenzphase orientieren sich um und neu, und erst gestern gehörte Neuigkeiten oder jugendkulturelle Rhetorik werden schnell experimentell in den Raum geworfen. Wenn sie sich diffamierend äußern, sollten daher nicht sie als Personen, sondern die Diffamierung bzw. die Beleidigung ausgeschlossen werden. Ein Jugendlicher, der „du Jude“ als Schimpfwort verwendet, sollte nicht pauschal als Antisemit abgestempelt werden, sondern die Beschimpfung muss in dem jeweiligen pädagogischen Raum als antisemitisch ausgeschlossen werden. Jugendliche bleiben veränderungsfähig, und ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich von einer Beleidigung zu distanzieren.

Grundsätzlich ist es eine Herausforderung in Bildungsräumen, die Motive und Motivationen hinter abwertenden, antisemitischen, rassistischen oder rechten Aussagen zu erkennen. Beispielsweise steckt hinter einem antisemitischen Argument nicht zwingend eine judenfeindliche Absicht, da Stereotype unbewusst übernommen werden können oder nicht immer als solche verstanden werden. Ebenso können ultranationalistische Aussagen von Jugendlichen getätigt werden, die nicht zwangsläufig überzeugte Ultranationalist*innen sind. Manchmal übernehmen Jugendliche Argumente, Fragmente und Stereotype unbewusst – vielleicht weil sie aus der peer group kommen, von Freunden, aus dem Elternhaus oder den sozialen Medien. Neben der bereits erwähnten Trennung von

Person und Problem im pädagogischen Handeln bedarf es daher auch einer differenzierten Wahrnehmung von Aussagen. Wir finden die Unterscheidung verschiedener Motivationen übertragbar und hilfreich, die Barbara Schäuble und Albert Scherr in ihrer qualitativen Befragung von Jugendlichen im Kontext von Antisemitismus herausgearbeitet haben (vgl. Schäuble/Scherr 2006, S. 38 ff.): Die Motivationen könnten (1) ideologisch sein, wenn Jugendliche Teil einer ideologisierten Gruppe sind; (2) fragmentarisch, wenn einzelne Aspekte einer Ideologie aufkommen, ohne einem geschlossenen Weltbild zu entstammen; (3) unbewusste Stereotype, die weit verbreitet sind; (4) aus jugendkultureller Rhetorik bzw. jugendlichem Wissen stammen; oder (5) Provokationen oder Verstehensangebote sein, um zum Beispiel Lehrkräfte herauszufordern oder von eigenem Fehlverhalten abzulenken. Die pädagogische Aufgabe besteht darin, das Verhalten oder die Äußerungen von Jugendlichen richtig einordnen zu können und angemessen darauf zu reagieren.

Während in einem Moment der Äußerung oder Handlung eine direkte Intervention relevant ist, müssen die nationalistischen und gewaltvollen Äußerungen in einem anderen Moment dringend thematisiert werden. Dafür unterscheiden wir zwischen den Zeitphasen Prävention, Intervention und Nachsorge, die das eigene Handeln strukturieren und in der unmittelbaren Situation entlasten – um nicht in der direkten Intervention zu viele Ziele auf einmal erreichen zu wollen. Um Abwertung, diskriminierendem Verhalten und Äußerungen präventiv entgegenzuwirken, braucht es gute Konzepte und Strategien. Dabei ist Prävention als ein Prozess zu begreifen, der sich immer wieder neu an den Bedürfnissen und Erfahrungen einer Gruppe orientiert und gesellschaftliche Ereignisse und Diskurse mitdenkt.

Rassismuskritische Bildungsarbeit bedeutet daher auch eine ständige Selbstreflexion der eigenen Haltung, Einstellung und Wahrnehmung der Pädagog*innen – ob migrantisch oder nicht-migrantisch. Wir empfehlen Pädagog*innen deswegen, über gesellschaftliche Ungleichheitsstrukturen mindestens informiert und wissend zu sein: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind nicht Phänomene am Rande der Gesellschaft – sie sind omnipräsent, und alle Menschen besitzen antisemitismus- und rassismusrelevantes Wissen, ergo auch Pädagog*innen und Lehrkräfte. Betroffene sind dabei nicht nur Jugendliche – dies kann auch Lehrkräfte (be-)treffen, die selbst Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen machen. Daher sollte eine diskriminierungskritische Haltung etabliert und kontinuierlich reflektiert werden, sowohl auf der Argumentations- als auch der Handlungsebene. Das Ziel muss immer sein, eine reflektierte Thematisierung vorzunehmen, dabei den Erkenntnissen der rassismuskritischen Bildungsarbeit gerecht zu werden und ein respektvolles, plurales und auf Wertschätzung basierendes Miteinander in Schulen zu gestalten.

LITERATUR

- Bozay, Kemal: „Ich bin stolz, Türke zu sein!“ – Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach/Ts. 2009.
- Bozay, Kemal: „Unter Wölfen?! Rechtsextreme und nationalistische Einstellungen unter Türkischstämmigen in Deutschland“, in: Ders./Borstel, Dierk (Hrsg.): *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden 2017, S. 165-185.

- Cheema, Saba-Nur/Broder, Nicole: „Was kann ich tun, um Diskriminierung entgegenzuwirken?“, in: Cheema, Saba-Nur (Hrsg.): *(K)Eine Glaubensfrage. Religiöse Vielfalt im pädagogischen Miteinander*. Frankfurt a. M. 2018, S. 84-87.
- Doğmuş, Aysun/Karakaşoğlu, Yasemin/Mecheril, Paul (Hrsg.): *Pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft*. Wiesbaden 2016, S. 1-9.
- Fereidooni, Karim: *Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen von Referendar*innen und Lehrer*innen ‚mit Migrationshintergrund‘ im deutschen Schulwesen*. Wiesbaden 2016
- Leiprecht, Rudolf/Steinbach, Anja (Hrsg.): *Schule in der Migrationsgesellschaft. Ein Handbuch*. Schwalbach/Ts. 2015.
- Mecheril, Paul: *Das Anliegen der Migrationspädagogik*, in: Leiprecht, Rudolf/Steinbach, Anja (Hrsg.): *Schule in der Migrationsgesellschaft. Ein Handbuch. Band 1*. Schwalbach 2015, S. 25-53.
- Mendel, Meron/ Messerschmidt, Astrid: *Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft*. Frankfurt 2017, S. 11-23.
- Messerschmidt, Astrid: *Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus*, in: *Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft*. Bielefeld 2010, S. 41-56.
- Ortner, Martina S.: *Heimatliebe, Nationalstolz und Rassismus – Einzelmeinung oder Trend?*, unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260324/heimatliebe-nationalstolz-und-rassismus-einzelmeinungen-oder-trend> (zuletzt abgerufen am: 04.04.2018).
- Schäuble, Barbara/Scherr, Albert: *Ich habe nichts gegen Juden, aber ... Ausgangsbedingungen und Ansatzpunkte gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit zur Auseinandersetzung mit Antisemitismen*. Berlin 2006.
- Stender, Wolfram: *Der Antisemitismusverdacht. Zur Diskussion über einen „migrantischen Antisemitismus“ in Deutschland*, in: *Migration und Soziale Arbeit*. Heft 3/4, Oktober 2008, S. 284-291.



Muslimen und Muslimfeindlichkeit, Islam und Islamismus, Salafismus und Dschihadismus. Die Schule wird mehr und mehr zu einem Ort, an dem Konflikte ausgetragen werden, die ihren Kern in vermeintlichen oder tatsächlichen islamischen Geboten haben. Das Handbuch Islam & Schule bietet Hintergrundinformationen und Anregungen für die pädagogische Auseinandersetzung. Beispiele, wie man die Themenfelder mit kunstpädagogischen Maßnahmen verbinden kann, werden dargestellt. Zahlreiche Praxisbeispiele ergänzen die Vorschläge für die Arbeit an den Schulen.



Bereits erschienen in unserer Essayreihe der Bausteine sind die fünf Titel: Der Präventionsansatz von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Gender & Islam in Deutschland, Die Rolle der Schulsozialarbeit in der Menschenrechtserziehung sowie Reden über Rassismus in Deutschland und Antisemitismus und Migration.

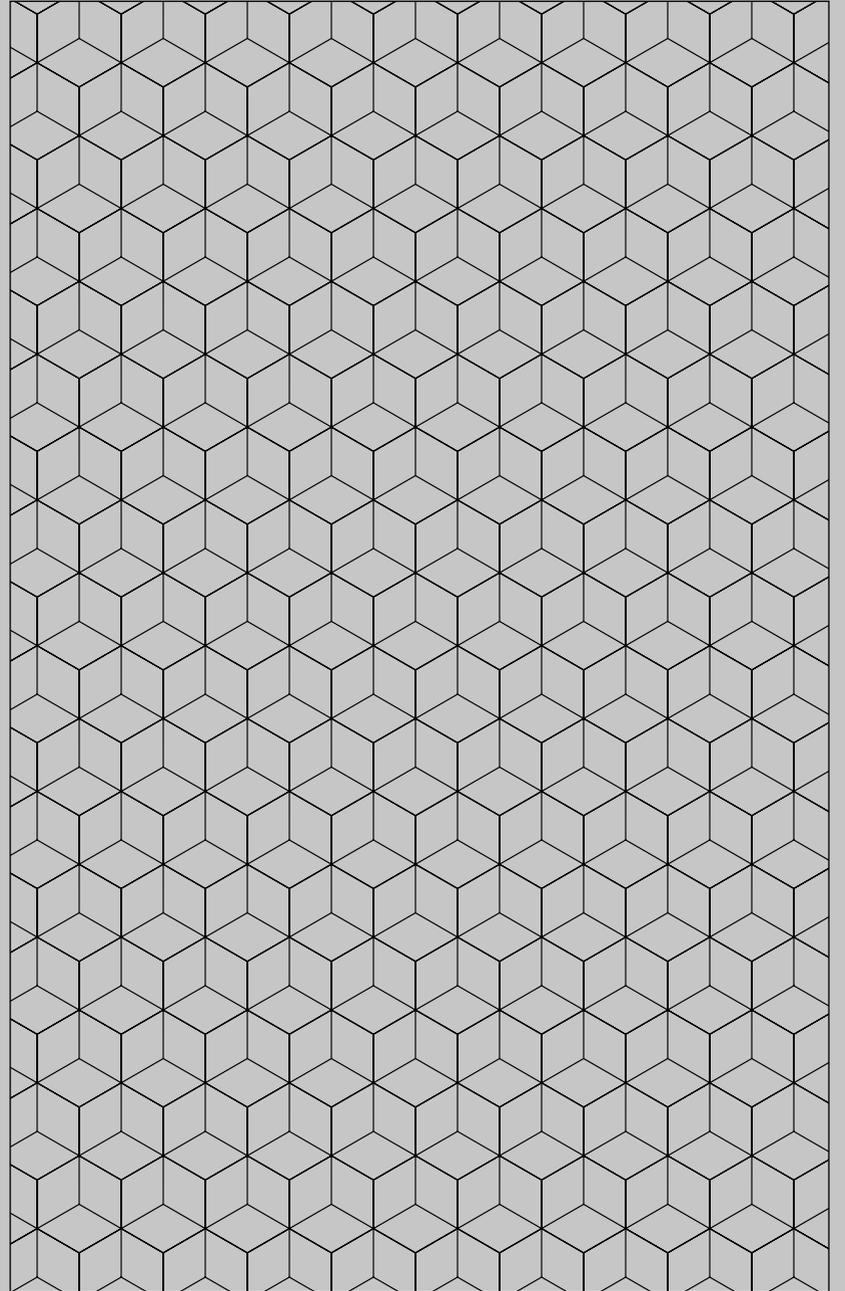
courage.shop.schule-ohne-rassismus.org

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Ultranationalismus, Rechtsextremismus unter migrantischen Gruppen und Islamismus stellen für Pädagog*innen eine Herausforderung dar – unter anderem, weil diese transnationalen Extremismen nicht nur durch gesellschaftliche Verhältnisse in Deutschland geprägt sind, sondern auch durch Dynamiken in anderen Ländern.

Die Autor*innen des Bausteins zeigen, warum transnationale Extremismen keine Leerstelle politischer Bildungsarbeit bleiben dürfen und wie ein erfolgreicher pädagogischer und rassismuskritischer Umgang mit ihnen aussehen kann.